

Boten aus dem Riesengebirge

Eine Wochenschrift

für alle Stände.

Als Fortsetzung der Königl. privilegirten Gebirgsblätter.

Nr. 37.

Hirschberg, Donnerstag den 14. September.

1848.

Hauptmomente der politischen Begebenheiten.

Preußen. Zu Berlin herrschte am Nachmittage des 7. Septbr. eine nicht geringe Aufregung in Folge der so wichtigen Verhandlungen in der Nationalversammlung (52. Sitzung) welche der Steinsche Antrag: „Der Herr Kriegsminister möge den Beschluß der National-Versammlung in einem Erlass an die Armee dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Konflikte jeglicher Art mit dem Civil vermeiden, sondern durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines constitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollen“ hervorgerufen hat. Zwischen beiden Parteien, der Rechten und der Linken, mußte es sich entscheiden, welche den Sieg davon trüge. Auf den Straßen war um 3 Uhr alles ruhig; doch Plätsche gab es an allen Ecken und Enden; vor der Sing-Akademie standen Gruppen im lebhaftesten Gespräche. Die Sitzung war von allen bisherigen entschieden die wichtigste. Mit einer Mehrheit von 67 Stimmen ward der Steinsche Antrag angenommen und somit mehr als eine bloße Ministerfrage entschieden. Die Verhandlungen dauerten ununterbrochen neun Stunden. Um 5½ Uhr war der Sieg der Linken entschieden. Eine allgemeine Bewegung machte sich auf den Straßen geltend: Ein Redner ermahnte die dichten Haufen, die Mitglieder der rechten Seite ruhig ziehen zu lassen und die Meinungsfreiheit zu achten. Dieser Rath wurde auch befolgt. Wie sich indeß ein Mitglied der Linken zeigte, wurde es mit Freudenschrei begrüßt, eine besondere Ovation ward aber dem Helden des Tages, dem Abgeordneten Hr. Stein bereitet. Im Triumph wurde derselbe bis zum Opernplatze getragen, dort in einen Wagen gesetzt und nun die Linden entlang geführt. Bald darauf hatten sich alle Gruppen zerstreut und die Plätze vor und hinter der Sing-Akademie waren leer wie gewöhnlich. Die Minister, unter denen Schreckenstein keinen Augenblick seine stoische Ruhe verlor, versammelten sich nach Beendigung der Sitzung bei Herrn Hansemann auf dem Finanz-Ministerium zur Berathung. Am 8. waren die Herren Minister bei Sr. Majestät dem Könige

in Charlottenburg und suchten ihre Entlassung nach. Se Maj. behielten sich Allerhöchsthine Entschließung vor. Der gleichzeitige Fall des Ministeriums zu Berlin und Frankfurt machte auf der Berliner Börse einen sehr niederschlagenden Eindruck.

Zu Schmiegel, im Großherzogthum Posen, haben bei einer Militär-Gestellung, bei einer entstandenen Reibung, die polnischen Landleute mit Knütteln auf die deutschen Landleute eingehauen. Die bewaffnete Macht, Bürgerwehr, Kreis-Gen-d'armie und eben eingetroffene Soldaten vom 6ten Landwehr-Regiment trieben die Ruhestörer, von denen 13 Polen durch die blanken Waffen zum Theil schwer verwundet wurden, aus der Stadt; mehrere andere wurden verhaftet. — Der Schaden, welchen der dänische Krieg und die Blokade der Oder dem Handel zu Stettin zugefügt, ist bedeutend; man berechnet den Werth der wegggenommenen Stettiner Schiffe und Ladung auf 8 Millionen Thaler.

Deutschland. Zu Frankfurt a. M. hat am 5. Sept. die National-Versammlung den höchst wichtigen Beschluß mit 238 gegen 221 Stimmen gefaßt: Die Centralgewalt werde beauftragt, die Ausführung des Waffenstillstandes mit Dänemark zu sistiren und Brangel zu beordern, die Stellung vom 20sten August wieder einzunehmen. Das Reichsministerium hatte die Aufrechthaltung des Waffenstillstandes zur Kabinettsfrage gemacht, somit ist es gestürzt. Dahlmann ist mit der Bildung eines neuen Reichsministeriums beauftragt. Während nun die National-Versammlung den Waffenstillstand nicht anerkennt, so sind die Generale Brangel und Falkett bereits am 7. Septbr. zu Hamburg eingetroffen; große Truppenmassen kehrten zurück. — Dinerachtet des obigen Beschlusses vom 5. Sepbr. wird in Frankfurt wenig gezwweifelt, daß der Waffenstillstand dennoch dort die Ratifizirung erlangen werde. Da das Ministerium die Vollziehung des Beschlusses, welcher die Maßregeln des Waffenstillstandes sistirt, durch seinen Abgang abgelehnt, so ruht derselbe, denn es fehlt die ausführende Hand. Die Voraussetzung, worauf jener Reichstagsbeschluß sich gründet, Deutschlands Ehre sei durch den Waffenstillstand gefährdet, ist so unrichtig, daß sich nur

eine Versammlung im ersten Unmuth über eine unerfreuliche Kunde dazu konnte hinführen lassen. Nach einer besonnenen Prüfung sind die verschiedensten Stimmen in vielen Gegenden Deutschlands schon dahin übereingekommen, daß der Waffenstillstand weder glücklich noch schmachvoll, sondern von den Umständen geboten worden sei. Ein Wortbruch dieses Waffenstillstandes, wie es der Beschluß verlangt, würde schwer einen Krieg vermeidlich machen, wenn auch nicht mit dem Bürgen der Waffenruhe, England, doch aber mit Rußland und Frankreich, die gewiß Deutschland für wortbrüchig erklären würden.

In Schleswig-Holstein erregen die Waffenstillstands-Bedingungen einen Sturm des Unwillens, eine düstere Stimmung. — Der Graf Moltke, der Dänischer Seite der gemeinschaftlichen Regierung beigeordnet, hat sich unter sicherm Geleit wieder entfernen müssen; die anderen Regierungsglieder sind lieber gar nicht gekommen. Die Schleswig-holsteinsche Landes-Versammlung tagt seit dem 1. Sept. zu Kiel; ein Schreiben an die Nationalversammlung und an den Reichsverweser ward beschossen; ersteres unterwirft die Waffenstillstands-Bedingungen einer scharfen Kritik. Ferner hat sie, in Bezug auf den Waffenstillstand, folgende Beschlüsse gefaßt: 1) die konstituierende Landesversammlung könne wider ihren Willen weder aufgelöst noch vertagt werden; 2) jede Veränderung in der bestehenden Landesregierung bedürfe der Zustimmung der Landesversammlung; 3) alle seit dem 24. März 1848 von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze können nur mit Zustimmung der Landesversammlung verändert oder aufgehoben werden; 4) ohne Zustimmung der Landesversammlung könne kein neues Gesetz erlassen und keine Steuer neu aufgelegt werden; 5) alle bestehenden Steuern und Abgaben, so wie andere Staatseinkünfte, sollen bis zum 31. Decbr. 1848 von der durch die Landesversammlung anerkannten Landesregierung fort erhoben werden. Auch hat die Landes-Versammlung am 8. Septbr. die Berathung über die Verfassung geschlossen; und eine Dankadresse an das scheidende deutsche Heer votirt.

Der Fürst Karl von Siegmaringen hat wegen vorge-rücktem Alter die Regierung in die Hände des Erbprinzen (geb. 1811) niedergelegt.

Oesterreich. Aus Ungarn lauten die neuesten Nachrichten immer besorglicher; bei Pesth soll eine Volks-Versammlung abgehalten werden, man befürchtet als Resultat dieser Volks-Versammlung das gänzliche Losreißen Ungarns von Oesterreich. Das ungarische Repräsentanten-Haus hat bei der Berathung der Vermögenssteuer das Vermögen des Königs besteuert, ein Beschluß, der selbst Kossuth zu dem Ausrufe hinriß: Man möge doch lieber gleich die Republik proklamiren. Es läßt sich nicht leugnen, Oesterreich steht am Rande eines Vulkans. Eine Minister-Krise ist auch vorhanden. Schwarzer, der Minister des Arbeiters-Ministeriums, scheidet aus. — Durch einen kaiserlichen Erlaß wird befohlen, daß die in Ungarn garnisonirenden, nicht zur ungarischen Krone gehörigen Regimenter mit den in den übrigen Erbstaaten stationirten ungarischen Regimentern sich ablösen; einzige Ausnahme machen diejenigen Regimenter, welche dem Feinde in Italien gegenüberstehen. — Eine sehr zahlreiche Deputation des ungarischen Reichstages war zu Wien angekommen, um den Kaiser und König zu bitten, derselbe wolle sich für eine Zeit lang nach der Hauptstadt Ungarns begeben und vor allen Dingen eine Ausgleichung der ungarisch-kroatischen Forderungen bewirken. Die Deputation ist in corpore zu Sr. Maj. dem Kaiser am 9. Sept. nach Schönbrunn gefahren. Bereits hat der ung. Minister des Außern, Fürst Esterhazy, in Folge der Abfall drohenden Beschlüsse des ungarischen Reichstages, seine Entlassung genommen; der Palatin, Erz-

herzog Stephan, weigerte sich die Deputation nach Wien zu begleiten.

Krieg in Ungarn.

Das öster. freie Gebiet von Ziume, das auch zu Ungarn geschlagen wurde und bereits ungar. Behörden hatte, ist am 29. August von 500 Gränzern besetzt worden. Die Besetzung geschah im Namen des Königs von Kroatien. Die Ruhe ist keinesweges unterbrochen worden; die National-Garde hat sich aufgelöst. — Bei den römischen Schanzen haben die Ungarn neue Niederlagen erlitten; Temerin und Jarek sind von den Kroaten genommen und den Klammern übergeben worden. Die Kroaten sind nun in der Offensiv. — Aus Agram berichtet man vom 3. Septbr., daß 2 Bat. vom Bro der Gränz-Regimente bei Butwar die Donau ohne Hinderniß passirt sind. Der Banus selbst wollte den 7. September mit 36,000 Mann gegen Ungarn mit einem Artilleriepart von 60 Kanonen aufbrechen. Von der unteren Gegend sind alle irregulären Truppen in Bewegung gegen Ober-Ungarn. Der ungarische Feldmarschall-Vicent. Dechold ist von seinem ganzen, größtentheils aus Ungarn bestehenden Armeecorps, als er bei St. Thomas angriffen wollte, verlassen worden; er hat seine Entlassung bereits genommen.

Kriegsschauplatz in Italien.

Das Herzogthum Modena ist nun völlig mit in die Kriegs-Interessen der wieder österreichischen Lombardei verflochten; man will eine Armee von 25,000 Mann rekrutiren; General Welden soll sie befehligen und sein Hauptquartier in Modena gegen die päpstliche und toskanische Grenze aufschlagen. — Karl Albert beginnt mehr und mehr sich — wie man im gemeinen Leben zu sagen pflegt — auf die Hinterfüße zu stellen; eine Proklamation an sein Heer spricht von den kräftigen Mitteln, die angewendet werden, um dasselbe wieder dem Feinde entgegen führen zu können. — Mit der neuen Konstitution des lombardisch-venetianischen Königreichs wird jetzt die kaiserliche Regierung vorschreiten. Deputirte, aus freien Wahlen hervorgehend, sollen in Verona die künftige Verfassung des Landes nach den Grundsätzen größter Freiheit und mit gehöriger Beachtung der Nationalität feststellen. Zum 6. September war eine Zusammenkunft aller Oesterreichischen Ober-Generale zu Verona anberaumt.

Belgien. Prinz Louis Napoleon Bonaparte ist aus England in Brüssel angekommen, und hat daselbst mit Jerome Bonaparte eine Zusammenkunft gehabt; nach derselben ist er sogleich wieder nach England zurückgereist. — General Mellinet ist zu Antwerpen ebenfalls zum Tode verurtheilt worden; man glaubt, daß keines der Todesurtheile vollzogen werden dürfte.

Frankreich. Zur Wiederbelebung der Bronze- und Mobil-Fabrikation bewilligte die National-Versammlung einen Kredit von 600,000 Fr. — Abermals sind 400 Insurgenten deportirt worden, darunter befinden sich wieder mehrere Deutsche. In den östlichen Departements sind mehrere Trümmer der republikanischen Legionen Ober-Italiens angekommen; die Leute sind zerlumpt und entkräftet; sie tragen meist weiße Leinwandrocke und Weinschleider. — In der Sitzung der National-Versammlung am 2. Septbr. verlangte der Finanz-Minister 6 Millionen Fr. für dreifarbige Fahnen, die in Noignon bestellt seien, und 4 Millionen für Schärpen, welche die Fabriken in Lyon geliefert hätten; dieses Verlangen wurde mit großem Mißbehagen aufgenommen. Der Deputirte Lichtenberger machte den Antrag, den Belagerungszustand von Paris aufzuheben; Cavaignac erklärte den Zustand der Gemüther noch nicht von der Art, um diese Maßregel aufzuheben; indessen überlasse er es der Versammlung, diese zu

verfügen; er beabsichtige keinesweges, einen Zwang auszuüben; er werde sein Amt behalten, selbst wenn die Versammlung die Aufhebung des Belagerungszustandes anordne. Die Abstimmung ergab: „daß der Belagerungszustand von Paris noch fortdauern solle.“ — Zu Montpellier hatte eine communistische Partei Unruhen veranlaßt; sie sind, trotz ihrer Erheblichkeit, unterdrückt und Ordnung und Ruhe wieder hergestellt worden; es war ein Kampf der Legitimisten mit den Communisten; das Echo du Midi ruft aus: „Nachdem die rothen Republikaner ihre Herrschaft nicht durch Wahlmanöver durchsetzen konnten, nehmen sie nun zur Einschüchterung ihre Zuflucht; o Frankreich, armes Frankreich, welche Zukunft steht Dir bevor!“ — Für die Alpen-Armee wird eine 5te Division gebildet, deren Hauptquartier Dijon sein soll. Erstere soll aus 100,000 Mann bestehen. — Der Divisions-General Charon ist zum General-Gouverneur von Algier ernannt.

Spanien. Die Königin ist, von ihrem Gemahl begleitet, in der Nacht des 28. August von la Granja wieder in Madrid eingetroffen. Die Königin Christine ist auch zurückgekehrt. Ferr Gonzales Bravo ist auf's Neue verhaftet und mit seiner Frau nach der französischen Grenze abgeführt worden.

Großbritannien und Irland. Das Parlament ist am 3. Septbr. durch die Königin in Person prorogirt worden. Die Thronrede ist friedlich und zeigt das gute Einvernehmen mit Frankreich an.

Lord J. Russell ist am 1. Sept. Nachmittags mit seiner Gattin in Dublin angekommen und im Ganzen von der Bevölkerung sehr gut aufgenommen worden.

Italien. Der Regierung zum Trost kam am 21. August der Vater Savazzi, welcher in Florenz durch seine kommunistischen Helden sich die Verbannung aus dem Lande zugezogen hatte, mit dem Dampfschiffe von Genua zu Livorno an. Er hielt um 10 Uhr Morgens eine feurige Anrede an das um ihn versammelte bewaffnete Gesindel. Nicht allein die Desterreicher, sondern alle Deutsche ohne Ausnahme wurden als Räuber, Schurken und Barbaren behandelt. Er forderte das Volk auf, die Regierung und den Fürsten als im Einverständnis mit Oesterreich zu stürzen. Noch an diesem Tage reiste er weiter nach Florenz. Am 23. Morgens erfuhr man in Livorno, er sei in Florenz mit seinen Begleitern verhaftet worden. Diese Nachricht gab das Zeichen und die Gelegenheit zum Aufbruch. Die Stürmglocken wurden geläutet, die Kaserne, wo die Gewehre der Bürgergarde aufbewahrt sind, erbrochen, alle Flinten weggenommen und unter dem Pöbel vertheilt; der Gouverneur wurde gefangen genommen und in das Fort in Verwahrung gebracht; der elektrische Telegraph wurde sogleich zertrümmert, um die Nachricht von den Vorgängen in Livorno nicht nach Florenz gelangen zu lassen. Eine provisorische Regierung, mit dem neapolitanischen Flüchtling la Cecilia an der Spitze, ist errichtet worden. Derselbe bewirkte zwar die Freilassung des Gouverneurs, aber der Aufstand ist ungebrochen. Der Pöbel will dort die Fahne der rothen Republik aufpflanzen, d. h. er ist lüstern nach den Gütern der Reichen. Gelingt der Schlag, wie es fast den Anschein hat, so wird Florenz, wo die republikanische Partei einen großen Anhang hat, dem Beispiele folgen, dann dürfte es dem Großherzog ergehen, wie einst den Herzogen von Parma und Modena. Ueberhaupt verwirren sich die Zustände in Mittel- und Unter-Italien immer mehr. Im Kirchenstaat und in Toskana herrscht die vollständigste Gefeslosigkeit, während in Neapel die Reaction mit vollen Segeln einherfährt. Die Stadt Rom ist ganz in den Händen der Radikalen, die dort eine Art Schreckensherrschaft organisiert haben.

Das Ansehen des Papstes ist gänzlich geschwunden, und selbst seine Behörden, die nach unten völlig machtlos sind, lehnen sich jetzt gegen ihn. Auf dem Lande zieht freches Gesindel aus den Städten umher, beraubt und brandschatzt die vermögenden Einwohner. Ganz besonders arg soll es in Bologna und Umgegend, wo sich noch viele „Kreuzfahrer“ aufhalten, zugehen. Raub, Mord und Plünderung ist dort an der Tagesordnung. Die bewaffnete Bürgergarde, von deren Heldenthum so viel gefabelt wurde, ist für Nichts, da sie es nicht wagt, dem schlechten Volk entgegen zu treten.

In Piemont sind die Zustände jämmerlich. Der König hat es bis jetzt noch nicht gewagt, nach Turin zurückzukehren. Im Lager zu Alessandria, unter den Kanonen der Festung, hält er sich für sicherer, als in seiner Hauptstadt, wo die republikanische Partei eine ungemaine Thätigkeit entfaltet, um die letzten Ereignisse zu ihren Gunsten auszubenten. Vor Allem sucht man das Ministerium dahin zu drängen, daß es den Waffenstillstand mit Oesterreich für ungültig erkläre und so dem König den Boden unter den Füßen wegziehe. Das aber bedenken diese Leute nicht, daß der Wiederbeginn des Krieges zunächst die Eroberung Piemonts durch den Marschall Radetzky zur Folge haben wird. In Genua sind 6000 Mann des piemontesischen Heeres eingezogen; aber in welchem Zustande! Sie waren mit Lumpen bedeckt, mehrere baarfuß, ohne Seid und in der vollständigsten Hilflosigkeit, was beweist, daß bei Karl Alberts Heer die Verwaltung wirklich so schlecht gewesen ist, wie man sagte.

Neueste Nachrichten.

In der 54. Sitzung der National-Versammlung am 11. September zu Berlin hat der Minister-Präsident Folgendes dargelegt:

Das Ministerium hat im Verfolg der Verhandlungen vom 10. d. M. keinen Augenblick gezögert, des Königs Majestät seine Entlassung einzureichen, und hat dieselbe folgendermaßen begründet: „Unserer Ansicht nach muß das von uns verteidigte Prinzip, daß der Versammlung die Festsetzung von Verwaltungs-Maßregeln nicht zusteht, festgehalten werden, weil ohne dasselbe die constitutionelle Monarchie nicht bestehen kann. Zugleich haben wir in der Versammlung ein Mißtrauen gegen unsere Personen bemerkt, das uns veranlaßt, um Entbindung von unsern Stellungen zu bitten.“ Der König habe darauf erklärt: „Ich bin mit der in Ihrem Bericht vom 10. d. M. ausgesprochenen Ansicht einverstanden, daß die constitutionelle Monarchie ohne die Unfrechterhaltung jenes Prinzips nicht bestehen kann. Gleichwohl ertheile ich Ihnen die Entlassung, und haben Sie bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die laufenden Geschäfte fortzuführen.“

Herr v. Beckerath ist zum König berufen. Die National-Versammlung hat sich bis zum Donnerstage, den 14. Septbr., vertagt.

Die sardinischen Truppen zu Venedig sind auf der sardinischen Flotte eingeschifft worden und letztere hat ihre Station vor Triest verlassen.

Oesterreich hat die englisch-französische Vermittelung in den italienischen Angelegenheiten angenommen.

Stand der Cholera in Berlin. Bis 1. Septbr. Mittags waren erkrankt 377 Personen. Hinzugekommen sind bis zum 10. Septbr. 393 Personen.

Versammlung zur Vereinbarung der Preussischen Staatsverfassung.

Neun und vierzigste Sitzung am 2. September. Der Bericht über die Erhöhung der Branntweinsteuer und des Rübenzuckers war an der Tagesordnung zur Berathung. Die Frage wird getheilt; der Rübenzucker kommt zuerst an die Reihe. Was denselben betrifft, so bezweckt der Gesetzentwurf der Regierung, die gegenwärtige Steuer vom 1. September d. J. an um das Doppelte zu erhöhen, also dieselbe von 1½ auf 3 Sgr. von jedem Zoll-Sentner der zur Zuckerbereitung bestimmten rohen Rüben zu erhöhen. Die Kommission hat aber die Frage: Soll eine Steuererhöhung beim Rübenzucker eintreten? mit 5 gegen 3 Stimmen verneint und trägt auf Verwerfung des Gesetzentwurfs an. Auf Antrag auf einfache Tagesordnung erklärte der Minister Hansmann: „es wäre unerhört, eine Gesetzesvorlage, die lange debattirt werden müsse, so zu verwerfen. Hierauf begannen die Debatten für und wider die Erhöhung, wobei das Freihandels-System in Anregung kam. Endlich kam es zur namentlichen Abstimmung. Der Gesetzentwurf der Regierung: die Steuer von jedem Zoll-Sentner der rohen Rüben von 1½ Sgr. auf drei Sgr. zu erhöhen, ward mit 195 gegen 131 Stimmen bejaht; es fehlten 76.

Fünfzigste Sitzung am 4. September. Durch den Schriftführer Abg. Parrisius wird ein an den Präsidenten Grahov eingegangenes Schreiben des Staats-Ministeriums verlesen. Dasselbe betrifft die am 2. Septbr. erfolgte Ratification des zwischen dem deutschen Bunde (Preußen) und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes, d. d. Malmö, den 26. Aug. a. c., so wie den eigentlichen Wortlaut desselben, die näheren Bedingungen enthaltend. In Bezug auf die Schweidnitzer Angelegenheit verliest Schriftführer Abg. Bauer ein anderes Schreiben des Staats-Ministeriums, welches anzeigt, daß die bei den dortigen Ereignissen thätig gewesenem Truppen bereits von dort entfernt worden seien. Von einem allgemeinen Erlaß des Kriegsministeriums an die Armee, damit diejenigen Offiziere, welche sich mit der neuen constitutionellen Form der Regierung nicht zufrieden stellen können, es als Ehrensache betrachten, aus dem Dienste zu scheiden, könne jedoch das Ministerium sich die gewünschte Wirkung nicht versprechen. Ein solcher Erlaß entspräche nicht dem Geiste der Armee, er würde Mißtrauen säen, wo der Gehorsam Vertrauen erforderte. Es ist der Meinung, daß dem Kriegsminister zu überlassen sei, durch welche Maßregeln er die vorgezeichneten Ziele erreichen wolle.

Hierauf erklärte der Abg. Stein: Er hätte die bringende Anfrage stellen wollen, ob und wann das Ministerium den gefassten Beschluß auszuführen gedenke. Da es jetzt erklärt, es werde ihn nicht ausführen, so erlebe sie sich von selbst. Er stelle aber statt dessen den bringenden Antrag zu beschließen,

„daß es dringendste Pflicht der Minister sei, den Beschluß vom 9. August ohne Weiteres zum Zweck der Erhaltung „des Vertrauens und der Vermeidung eines Bruches mit der „Versammlung zur Ausführung zu bringen.“ (Bravo)

Ehe man mit dem Beschlusse dieses Antrages vorschreitet giebt der Minister-Präsident v. Auerswald noch einen ausgedehnten Vortrag über die Nebenverhältnisse, welche dem Abschlusse des Waffenstillstandes vorausgingen. Dann kommt man zur Beratung des Stein'schen Antrages und stellt ihn zuerst zur Unterstützung, die er zahlreiche findet.

Der Abg. Behnisch ist gegen diese Unterstützung und sagt: Ein Ministerium, das die Beschlüsse dieser Versammlung nicht ausführen wolle, könne nicht mehr Ministerium des Landes sein. Ein solcher Antrag dürfe nicht gestellt werden.

Dieser Einrede wird jedoch nicht stattgegeben. Die Frage: ob der Antrag Stein's den Vorrang vor der Tagesordnung haben solle, wird durch Namensaufruf mit 198 gegen 148 Stimmen bejaht. (31 fehlen.) Auch das sofortige Eingehen in die Diskussion wird mit 198 gegen 147 Stimmen bejaht. (1 Mitglied enthielt sich der Abstimmung.) 27 Redner meldeten sich. Herr Stein erhielt zuerst das Wort. Er sagt:

Ich hätte gewünscht meiner Interpellation und meines Antrags überhoben zu sein; seit Wochen wartete ich auf den Erlaß, der jetzt bringender ist als je. Es fallen noch immerfort bei uns Ereignisse vor zwischen Civil und Militair, wie in keinem anderen civilisirten Volke. Woher kommt das? Man ist schnell bei der Hand mit der Antwort, daß das Heer reactionair sei; auch die Presse sagt es oft. Aber ist das Heer nicht ein Theil des Volkes selbst? Sind es nicht unsere Brüder und Söhne? Aber es giebt höhere Offiziere, die sich nach den alten Zuständen sehn; ein Theil unter ihnen will die alte Trennung, die alte Sonderung und ist wirklich reactionair. Sie sind aufgewachsen unter solchen Einbrücken im eiterischen und im Rabattenhause. Jener Erlaß sollte diesem Theil der Offiziere sagen: Volk und Heer sollen einig sein, um den constitutionellen Rechtsstaat zu verwirklichen, wie sie einig waren im Jahre 1813 und Deutschland unüberwindlich machten. Dazu kommt noch ein anderer Grund: Die Würde dieser Versammlung fordert es, daß der von ihm beschlossene Erlaß ausgeführt werde, der vom Lande mit Jubel begrüßt ist. (Stürmischer Beifall zur Linken, Zischen zur Rechten.) Ja mit Jubel! Von Soldaten, von Offizieren sind Petitionen eingelaufen. (Stürmischer Beifall und Zischen.) Der Minister des Innern hat an die Civil-Beamten einen solchen Erlaß ausgeführt; die Offiziere können jetzt sagen: „Unser Minister braucht die Beschlüsse der Versammlung nicht auszuführen; wir sind noch die Vorzugten.“ (Allseitiges Bravo.)

Minister Rühlwetter: Es ist ein großer Unterschied zwischen Erlassen an Civil- und Militairpersonen. (Laute Unterbrechung.) Der Unterschied fällt in die Augen zwischen Civilbeamten, die beratend und beschließend sind, und zwischen der Armee, die ein wesentlich gehorchendes Corps sind. Und auch der Erlaß an die Civilbeamten kritisiert nicht ihre Gesinnungen, sondern ihre Handlungen. Frühere Regierungen haben eine solche Prüfung der Gesinnung sich zu Schulden kommen lassen; die jetzige will das nicht thun, darum hat sie die Konvitenlisten abgeschafft. (Der Minister verliest seinen Erlaß an die Civilbeamten.) Ich habe bei der damaligen Debatte diesen Unterschied nur deshalb nicht ausgeführt, weil ich glaubte, daß er auf der Hand läge.

Der Minister-Präsident: Der Antrag des Abgeordneten Stein richtet sich an das Staats-Ministerium, nicht an den Kriegs-Minister.

Hr. v. Unruh beantragt die Vertagung der Debatte bis zum Donnerstag, den 7. d. Mts., an welchem Tage sie dann den Vorrang vor der Tages-Ordnung erhalten solle. Er erkenne die volle Wichtigkeit und Dringlichkeit der Frage an, aber je bringender und wichtiger eine Sache sei, desto nothwendiger sei es, sie nicht sofort zu erledigen. Es handle sich hier nicht nur um einen Ministerwechsel — der komme in constitutionellen Ländern öfters vor — sondern um eine Spaltung in der Versammlung. Könnte die letztere sich auf einige Stunden in ihre Büreaus zur Privatbesprechung zurückziehen, so würde er gegen die Vertagung sein, so aber sei man durch die Lokalität daran verhindert. — Der Antrag wird unterstützt. Hr. Reichen-

Spenger spricht für die Vertagung. Die Frage sei, mit Umgehung der Geschäfts-Ordnung, in die Verhandlungen geworfen worden. Die Versammlung müsse also zeigen, daß sie nicht unter augenblicklicher Erregung abstimme. Ihm genüge der Erlaß des Staats-Ministeriums. Die, denen er nicht zusage, dränge die Versammlung auf einen, nicht zum Heile des Landes gereichenden Weg (Murren), denn er führe zur Gewissens-Inquisition (Ärmende Unterbrechung, der Präsident ermahnt in bestimmten Worten zur Ruhe). Man wolle das Heer mit Maafregeln einengen, vor welchen selbst der blutige französische Convent 1793 zurückgeschreckt. Der vorliegende Antrag, welcher in seiner Ausführung doch kein Ergebniß liefern könne, bewege sich nicht auf dem Filde der gewöhnlichen Thätigkeit dieser Versammlung, noch nie sei in einem constitutionellen Lande derlei verlangt worden. (Unterbrechung.) Wer da behaupte, die Versammlung könne diese oder jene Verfügung erlassen, behaupte die Allmacht der Versammlung, letztere sei aber keinesweges allmächtig (Bravo zur Rechten).

Hr. Walbeck ist gegen die Vertagung. An und für sich sei die Frage sehr einfach. Es handle sich nur um Aufrechthaltung eines Beschlusses, der im Angesicht von 22 Leichen diktiert worden. Die Versammlung wolle nur, daß der teufische Geist entmuthigt werde, welchen auch alle edleren Officiere verabscheuen; sie wolle nur den Geist der neuen Zeit kräftigen. Uebrigens seien Anträge, wie der vorliegende, nicht ohne Beispiel in der parlamentarischen Geschichte. Ihm falle jetzt das eine bei, daß, als zu einer Zeit im englischen Heere eine orangistische Verschwörung zu Gunsten des Herzogs v. Cumberland loszubrechen drohte, das britische Reichsparlament einen Erlaß an das Heer diktierte und das Ministerium ihn wörtlich also wiedergab, damit jener schändliche Geist entmuthigt werde. Wir, schloß der Redner, können mit Ehren hier nicht sitzen bleiben, wenn unserem Antrage nicht stattgegeben wird. Es handelt sich hier nicht um Parteifragen, sondern um einen Beschluß, wie ihn die Nation verlangt (Rauschender Beifall zur Linken).

Ueber den v. Unruh'schen Antrag auf Vertagung wird durch Namens-Aufruf abgestimmt und derselbe vermöge einer Mehrheit von 14 Stimmen gutgeheißen.

Hr. Schulz (Wanzleben) bemerkt, daß sein Zusatz-Antrag (den Offizieren, welche sich mit dem Geiste der neuen Ordnung nicht vertragen, das Ausscheiden zur Ehrenpflicht zu machen) keine Inquisition bezwecke.

Die Versammlung beschließt darauf, daß die bereits gefertigte Rednerliste auch für Donnerstag gelte. Herr Parrisius protestirt, unter Hiterkeit der Versammlung, gegen diesen Beschluß.

Nachdem der Druck des Schreibens des Staats-Ministeriums und des Erlasses an die Civilbeamten verfügt, wird nach einigen andern Anträgen, die abgelehnt werden, die Sitzung geschlossen.

Ein und funfzigste Sitzung am 5. Sept. Bevor zur Tagesordnung geschritten ward, verhandelt man die Petition d. d. Eignitz, den 5. August II, Nr. 998, welche folgenden Antrag enthält: daß von Seiten des Staates den armen nothleidenden Weibern in den Subeten, vor allen aber denjenigen des Gulgengebietes eine namhafte resp. wirksame Unterstützung sofort überwiesen werde (ungemein zahlreich unterstützt und zur sofortigen Diskussion gestellt).

Hr. Glöner, als Berichterstatter der Commission, verließ zuerst den Wortlaut jener Petition und schildert dann in einem ausgebreiteren Vortrage das furchtbare Elend, welches unter dem Volke in den Kreisen Walzenburg, Reichenbach und Schweidnitz herrscht und nicht allein aus der Arbeitslosigkeit, sondern auch aus der dort grassirenden Pest, dem Hungertyphus, entspringt. — Wenngleich die National-Versammlung nicht dazu berufen, um Unterstützungen auszutheilen, so sei es doch dringend nothwendig, hier ein Mal das Herz, statt des Verstandes, sprechen zu lassen.

Vor allen Dingen müsse man so fort Hilfe und Arbeit schaffen, welche letztere durch eine nothwendige Chaussee und durch eine Zweigbahn bald zu erreichen sei. — Die Seehandlung trage übrigens eine große Schuld an der Verarmung jener Gegenden, denn ihre Produkte überschwemmten das ganze Inland, mit dem sie also concurrirt. — Die National-Versammlung möge daher das Staats-Ministerium zur sofortigen Hilfe anweisen.

Handelsminister Milde giebt zu, daß die furchtbare Noth Schlesiens die Augen von Deutschland auf sich gezogen habe, daß am Gulgengebiet namentlich sehr großes Elend herrsche und daß, wenngleich die Regierung Alles thue, was in ihren Kräften steht, wenig Aussicht vorhanden sei, die dort gesunkene Industrie wieder zu heben. Man dürfe aber nicht, wenn man von Linderung der Noth spreche, eine Provinz allein bedenken, sondern allgemeine Landesmaßregeln ergreifen, da außer Schlesien noch mancher andere Landestheil über Noth zu Klagen habe. — Was die Seehandlung betreffe, so sei er gerade von jeher ein Feind ihrer Machinationen gewesen, nichtsdestoweniger dürfe man nicht läugnen, daß dieselbe gerade viel für Schlesien gethan. Sie habe dort namentlich amerikanische Mühlen angelegt und andere bergischen Industrien begünstigt, da die Handflächspinnerei nicht mehr mit den Maschinen sich messen könne. Auffallend sei es aber, daß die Regierung, welche vor Kurzem, auf allgemeines Drängen, die Arbeiten der Seehandlung einstelle, jetzt wiederum ersucht wird, sie schleunigst wieder beginnen zu lassen. Der Vorrath an Waaren, der an sich schon zu groß, würde sich dann noch mehr häufen und der Markt für dieselben immer schwerer finden lassen. Im Allgemeinen sei das Gouvernement dem Antrag keinesweges entgegen, da es über kurz oder lang sonst doch selbstständig mit einem solchen hervortreten müsse.

Hr. Beynisch ist für den Antrag. Auch er besteht darauf, durch eine Eisenbahn Arbeit zu schaffen, die nicht allein durch die Walzenburger Kohlenwerke, sondern auch durch die Bäder Salzbrunn und Altwasser führt, deren Rentabilität, da sie nur etwa 700,000 rthl. Kosten würde, daher vorausichtlich ist. Die Capitalisten jener Gegend würden sich bestimmt dabei betheiligen. Im Uebrigen beschwert sich Redner darüber, daß auf mehrere Eingaben aus jener Gegend, Behufs D-ganisirung durch die Regierung, von dieser noch nicht Antwort ertheilt worden sei.

Minister des Innern Kühlwetter: Eine so wichtige Sache müsse in reifliche Erwägung gezogen, und somit eine Antwort nicht übereilt ertheilt werden.

Handelsminister Milde ist überhaupt gegen ein solches Verfahren, das der Privatpekulation überlassen bleiben müsse. Eine namhafte Summe sei überhaupt schon früher für jene Gegenden angewiesen worden, auch beabsichtige die Regierung, einen zuverlässigen Mann nach Spanien zu senden, um über die Möglichkeit der Wiedereröffnung des Marktes schlesischer Einwand in diesem Lande Gewißheit zu erhalten.

Hr. Wengert spricht im Interesse Ostpreußens, welches ebensoviel Recht habe, die Aufmerksamkeit der Versammlung auf sich zu lenken, wie Schlesien. Redner schildert (mit Thränen im Auge) das dortige große Elend und versichert, daß, wenn man dort bisher dasselbe ruhig ertragen, es um deshalb gechehen, weil man wußte, daß der Staat in Noth und man ihn jetzt nicht drängen müsse. Hülfe er aber, so dürfe er auch nicht an einer Stelle helfen.

Hr. Beynisch: Schlesien hat etwa 8 bis 10 000 Einwohner auf der Quadratmeile Galienlandes und Ostpreußen nur 1500 bis 2000 Einwohner auf gutem Boden . . .

Hr. Wengert: Der jedoch erst cultivirt werden muß.

Hr. Graf Reichenbach für den Antrag. Redner erklärt, daß es für Schlesien das Gerathenste sei, an Stelle der gesunkenen Handspinnerei die Landwirthschaft zu befördern, dann müßten aber erst die furchtbaren Lasten der Roboten aufgehoben werden, die den eigentlichen Landbauer dort ausaugen. Die Gutsbesitzer würden

bann gezwungen sein, zu den arbeitslosen Webern ihre Zerstücht zu nehmen, da die ehemaligen Robospflichtigen ihre eigene Lander rein bauen würden.

Hr. Mees v. Esenbeck stand in den bisherigen unzureichenden Maßregeln eine Anreizung des Ministeriums gegen die Weber im Allgemeinen. Es seien auch von allen Seiten Vereine zur Abhilfe gestiftet worden, anstatt ihnen aber zu helfen, trat man ihnen eher hindernd in den Weg.

Handelsminister Wilde versichert den Ungrund dieser Behauptungen. Die Noth sei übrigens in der ganzen Welt sehr groß gewesen.

Hr. v. Lisse beantragt den Schluß der Debatte (unterstützt). Hr. Wenger stellt das Amendement: Das Ministerium möge zur Abhilfe der Noth, eine Unterstützungs-Commission in die Provinzen Schlesien und Preußen senden.

Hr. Lemme spricht für den Schluß, um bei einer so dringenden Sache Willkürlichkeiten zu vermeiden, wogegen Hr. Heißig die Debatte fortgesetzt wissen will, damit man dem zu bekämpfenden Unglücke ganz ins Auge schaue.

Die Majorität beschließt jetzt den Schluß. Hr. Elsner resumirt nochmals den Bericht und widerlegt einige Angaben des Ministeriums. Redner besteht wiederholt darauf, schnelle Hülfe zu leisten, um den fürchterlichen Elend, der unter dem Ministerium Bodelschwingh vor den Augen Europas stattgefunden, nicht etwa jetzt oder später zu erneuern.

Hr. Brill beantragt die namentliche Abstimmung (verworfen). Hr. Wenger zieht sein Amendement zurück, der Antrag der Petitions-Commission wird fast einstimmig angenommen.

Hierauf wird ein Antrag des Abg. Neubarth:

Sofort nach dem Bürgerwehrgesetz den Bericht der Centralabtheilung über die Anträge auf Aufhebung der Jagdservilitute und den Entwurf des Jagdgesetzes zu berathen von der Versammlung angenommen.

Nunmehr wird zur Tagesordnung übergegangen, welche den Bericht über die Angelegenheiten des Großherzogthums Posen betrifft. Nachdem der Minister Kühlwetter erklärt hat, daß das Ministerium nicht die Absicht habe, ohne die von der Nationalversammlung ernannte Kommission eine Entscheidung zu fassen und die Nationalversammlung zuß aufkurt a. M. die vorläufige Demarcationslinie anerkannt habe, werden alle Anträge verworfen. Hierauf wird Abschnitt VII. des Bürgerwehrgesetzes beraten. § 53 wird verworfen und das Amendement Perzanow angenommen, „daß die Bürgerwehr ein im ganzen Lande gleiches vom Könige zu bestimmdes Dienstzecken tragen solle. Bei dem §. 54 machte der Abg. Jacoby den Antrag: „Die Bewaffnung der Bürgerwehr solle auf Staatskosten beschafft werden, vorbehaltlich der Befugniß des Einzelnen, die Kosten selbst zu tragen.“ Dieser Antrag wurde mit 201 gegen 121 Stimmen verworfen. Der Minister wies nach daß die Bewaffnung von 800.000 Bürgerwehrmännern dem Staate 12 Millionen Kosten würden; die Reparaturen jährlich 1½ Million.

Zwei und funfzigste Sitzung am 7. September. Bei dem Beginn der Diskussion über den Stein'schen Antrag ergriff der Minister Präsident das Wort; er werde, wie er sagte, von dem Wunsche geleitet, mit der größten Offenheit über die Stellung des Ministeriums sich auszusprechen. Er sprach:

Auf den durch die Mittheilung des Präsidenten vom 11. August mitgetheilten Beschluß vom 9. August, nehme ich keinen Anstand, zu erklären, daß, wenn er auf eine Wissenschaftsquisition hinausging, ich hoffe, dergleichen werde weber von hier noch von einem anderen Ort aus ins Leben treten. Dergleichen lag aber nicht in der Absicht des Antragstellers, noch in der der Versammlung. Es lag aber in den Thatsachen. Die Regierung zog in Erwägung, wie sie dennoch im Einverständniß mit der Nationalversammlung leben könne. Das Eingernehmen des Ministeriums mit der

Versammlung sollte durch das Schreiben erhalten werden, welches das Ministerium an die Versammlung richtete. Es sprach aus, jede revolutionäre Bestrebung zurücknehmen zu wollen, zugleich wollte es die Gründe entwickeln, warum es einen Befehl nicht in der Form erlassen, wie ihn die National-Versammlung wünschte. Schon dieser Schritt war vollkommen ausreichend. Denn durch die stenographischen Berichte wird jedes hier niedergelagte Dokument allgemein bekannt. Jedem Offiziere mußte bekannt werden, daß der Kriegeminister den Befehl erhalten angeordnet habe, allen reactionären Bestrebungen fremd zu bleiben. Die Dienstordnung fordert aber, daß dieselbe Erklärung auch offiziell den Behörden in den Provinzen mitgetheilt werde. Selbstredend hat also der Kriegeminister eine gleiche Erklärung den Befehlshabern in den Provinzen zugehen lassen und sie angewiesen, darnach zu verfahren. Ich vermag nicht einzusehen, inwiefern man behaupten kann, daß hiermit der Beschluß der Nationalversammlung nicht ausgeführt worden ist. Wenn die Nationalversammlung das Recht hat, den Männern der Regierung ihr Vertrauen zu entziehen, so mache ich darauf aufmerksam, daß es sich hier nicht um einen bestrittenen Grundsatz, nicht um ein Gesetz, sondern auf die allgemeinen Grundsätze ankommt, auf denen die Schicksale der Völker beruhen.“

Der Abg. v. Unruh sagt: Man sage die Anträge vom 9. August hätten nicht die constitutionelle Form; aber die Anträge wären nichts als eine Erklärung des Ministeriums, daß die Nationalversammlung gewisse Maßregeln für nöthig erachte. Dies sei parlamentarisch. Der Antrag vom 4. September sei nicht parlamentarisch und deshalb wolle er ihm durch ein Amendement eine parlamentarische Form geben. Das Ministerium habe erklärt, die Beschlüsse nicht ausführen zu wollen; würde das ebeien, so wäre das der Anfang der Reaction. Es läge im Interesse der Krone, die Beschlüsse auszuführen. Was könne den constitutionellen Thron fester stellen, als das constitutionelle System auch in der Armee einzuführen? Die Ruhe und das Vertrauen herzustellen, gäbe es kein besseres Mittel, als dem Lande zu zeigen, daß die Armee Hand in Hand mit demselben gehe. Das Ministerium spreche von Erlassen, die es an die kommandirenden Generale habe ergoßen lassen; die Nationalversammlung kenne dieselben nicht, sie seien auch nicht an alle Offiziere gerichtet. Man stehe zwischen der Contrerevolution und einer neuen Revolution; Besonnenheit und Festigkeit thue noth. Das Centrum, zu dem er gehöre, wisse, daß die Abstimmung von heute in seiner Hand ruhe, dasselbe würde seine Schuldigkeit thun. Hierauf stellte v. Unruh folgendes Amendement:

In Erwägung, daß die Beschlüsse vom 9. August keine Erforschung der Gesinnung, keinen Gewissenszwang, sondern nur die, im constitutionellen Staate nothwendige Uebereinstimmung zwischen Volk und Heer herbeizuführen, und reactionären Bestrebungen, so wie fernere Konflikte zwischen den Bürgern, welche zum Heere, und denen, welche zum Civilstande gehören, zu vermeiden bezwecken, erklärt die Versammlung:

daß das Ministerium das Vertrauen des Landes nicht besitzt, wenn es ferner Anstand nimmt, einen jenem Sinne der Beschlüsse vom 9. August entsprechenden Erlass an das Heer ergoßen zu lassen.

Der Abg. v. Lammou stellte, nachdem ein Amendement des Abg. v. Harasowich nicht unterstützt worden, Folgendes:

Die Nationalversammlung wolle erklären: Die Nationalversammlung hat bei ihrem Beschluß vom 9. August die Absicht gehabt, an die Befehlshaber der Armee einen ähnlichen Erlass herbeizuführen, wie ihn die Ministerien der Finanzen und des Innern unter dem 15. Juli an die Regierungen Präsidenten erlassen haben. Sie beabsichtigte nicht, die Offiziere der Armee zur Darlegung ihrer politischen Gesinnung zu nöthigen, oder

dem Kriegsminister den Wortlaut des Erlasses vorzuschreiben. Sie erachtet aber einen derartigen Erlass, in welchem die Offiziere der Armee vor reactionairen und republikanischen Bestrebungen gewarnt werden, im Interesse des staatsbürgerlichen Friedens und zur Förderung des neuen constitutionellen Staats-Systems für förderlich.

die Rechte unterstützt es.

Schulz (Wagleben) trägt darauf an, bei dem, was beschlossen worden, stehen zu bleiben.

Abg. Reichensperger spricht für den Tamnau'schen Antrag.

Abg. Lemme beschuldigt das Ministerium der Verblendung; er erklärt, wenn die Nationalversammlung ihn den Beschluß nicht aufrecht erhalte, werde er noch seine Freunde in der Kammer bleiben würden. (Unruhe.) Die Verantwortung fällt auf das Ministerium und die, welche für dasselbe stimmten.

Abg. Baumstark schildert die Wichtigkeit der vorstehenden Sitzung; hält den Stein'schen Antrag für einen Eingriff in die Verwaltung und spricht der Versammlung dazu die Kompetenz ab. Er erklärt das Vaterland in Gefahr. Man käme um die ministerielle Frage nicht herum, man würde immer ein Ministerium erhalten, das nicht die Majorität habe. Der Redner stimmt für den Tamnau'schen Antrag und sagt zum Schluß: Sagen Sie sich aber täglich viermal: Verfassung, dann wird das Volk Sie segnen!

Abg. Grävell erklärt den Erlass für notwendig, er untergrabe nicht die Disciplin. Wenn nicht bei der Erinnerung an die Schweißniger Greuel, wie kein früheres Jahrhundert sie aufzuweisen, das Herz höher schlage, sei des Namens Mensch unwürdig!

Hierauf sprach der Minister Hansemann; er schilderte die Leistungen des Ministeriums und fragt, welches Ministerium mehr gekriecht habe? Geseht habe es am 9. August; es wären die Anträge gestellt worden, die die heutige Verlegenheit bereiteten, und das Ministerium habe geschwiegen; dasselbe habe nicht geglaubt, daß die Anträge die Majorität erhalten würden. Man sagt, fuhr der Minister fort, Ihre Ehre kann dabei nicht bestehen; ich finde, die größte Ehre besteht darin, für das Wohl des Landes zu sorgen; ich meinstheils — Jeder hat seine eigenthümlichen Begriffe von Ehre — ich würde etwas nachgeben. Man schwächt sich nicht, wenn man in der Stärke mächtig ist. Sich selbst mäßigen, ist nicht bloß die Größe von Individuen, auch die von Versammlungen. Preußen wird nicht steigen in der Achtung von Europa, wenn Sie wegen einer solchen Kleinigkeit einen Konflikt herbeiführen! Lesen Sie die Urtheile über diese Versammlung! An die Achtung Europas, an die Deutschlands, ist das Besitzen dieser Versammlung, das Bestehen Berlins geknüpft. Dieser Beschluß wird das Ansehen Preußens nicht stärken, er wird Preußens Regierung, welche sie auch sein mag, schwächen, und an dieser Schwächung wird möglicherweise Preußens Stern untergehen.

Abg. Walter: Das Räderwerk der constitutionellen Monarchie ist gestört, wenn die Versammlung in die Verwaltung eingreift. Das sagen Montesquieu, Constant und Dahlmann.

Abg. Bucher spricht für die Ausführung des Beschlusses der Versammlung.

Abg. Tamnau ist gegen Bedrohung mit einem Mißtrauensvotum.

Der Kriegsminister erklärt im eigenen Namen und im Namen seiner Kollegen, daß sie dem Amnendement Tamnau beitreten und daß das Ministerium es für seine Pflicht hält, in diesem Sinne einen Erlass an die Befehlshaber ergehen zu lassen.

Weichsel spricht von der Reaction im Heere, der Vollmacht der Versammlung und wünscht nur, daß jedes Mitglied nach seiner Ueberzeugung, nicht nach eingegangenen Verpflichtungen stimmen möge. (Von der Rechten: Zur Ordnung! Furchtbarer Zumuth; Vice-Präsident Philipps erteilt den Ordnungsruf.)

Weichsel: Ich sage nichts, ich überlasse anderen, darüber zu

urtheilen. (Gelächter.) Aber heute entscheidet sich, wer wahrhafte Volksvertreter ist. (Bravo.)

Forstmann: Das Land blickt mit hanger Spannung auf unsere Arbeit, aber Interpellationen, die sich in das gläserne Gewand frommer Volksbeglückung kleiden, verhindern die Arbeit; und jetzt sucht der Ehrgeiz Männer von ihren Plätzen zu verdrängen, die mit Eifer und Hingebung für das Wohl des Landes sorgen! (Die Linke verhält sich bei allen Anrissen ganz apathisch.)

Schulze spricht für das Formelle der Frage; man habe einen Uebergriß begangen, zur Sühne müsse man sich selbst aufgeben! Entweder das Ministerium trete ab oder die Abgeordneten.

Der Minister des Innern: Wir haben heute viel Neues und Wahres über den constitutionellen Staat und seine Gefahren gehört; aber manches Neue war nicht wahr, und manches Wahre nicht neu. Es handelt sich nicht um die Personen; ich und meine Kollegen, wir werden den Tag segnen, wo es unsere Pflicht sein wird unsere Plätze Würdigeren einzuräumen. Zwischen dem Beschluß vom 9. August und dem heute gestellten Antrage ist ein Unterschied; der erstere forderte das Ministerium zu einem Erlass auf, der zweite legt es ihm als Pflicht auf, ihn ergehen zu lassen. Ein solcher Erlass ist eine rein disziplinäre Mäße; eine andere Bedeutung ist ihm nicht unterzulegen. (Der Redner tritt aus den Debatten der Frankfurter Versammlung. Belege für die Trennung der Gewalten, die auch dort statuiert wurde, bei Gelegenheit der Prager und Mainzer Ereignisse.) Wenn diese Versammlung omnipotent sein will, so weiß ich nicht, warum hier am Tisch noch acht Männer sitzen; dann haben wir den Absolutismus von Hunderten statt des Absolutismus des Einen. Aber sie stehe auf dem Boden des Gesetzes und die Gesichte wird erst dem Ministerium Dank wissen, daß es in dieser Frage nicht einen Fuß breit gewichen ist. (Bravo und Zischen.)

D'Ester. Die Regierung hat ihre Pflicht verletzt, selbst wenn sie heute den Erlass in die Welt sendet, den sie bisher verweigert hatte. Statt einer neuen Form, die die neue Weltperiode fordert, halten die Minister und die Montesquieu'sche verrottete Weisheit entgegen, über die die Geschichte gerichtet hat. Sie stehe noch auf dem Standpunkte vor der französischen Revolution von 1789. Wissen Sie denn schon, auf welchen Pfaden wir die neue Verfassung aufbauen werden? Ob die Trennung der Gewalten in der alten Weise beibehalten werden wird? Mag Hr. v. Lee mich der Gespenstfurcht beschuldigen — ich sehe die Reaction, sie rechnet auf viele Offiziere, als auf ihre Stütze und Sie, meine Herren, machen sich, bewußt oder unbewußt, zu ihrem Mitschuldigen, die uns an den Vorabend der Contre-Revolution stellt.

Minister Milde dankt dem vorigen Redner, daß er die Frage auf ihren wahren Standpunkt gerückt hat, wo es sich darum handelt, ob diese Versammlung der Konvent sein will oder nicht.

Harrasowich ist gegen den Stein'schen Antrag.

Herends spricht für den Antrag. Er will Versöhnung, aber nicht Versöhnung, die mit Aufopferung von Prinzipien erkauft wird. Er will auch Mäßigung, aber Maßlosigkeit sei es nicht, von seinen Grundsätzen keinen Fuß breit weichen zu wollen. Die Bürgerwehr Berlin's habe heute dem Präsidenten eine Adresse überreicht, worin sie die Erwartung ausspreche, die Nationalversammlung werde ihren Beschluß aufrecht erhalten. Auch er überreiche mehrere Adressen gleichen Inhalts von Bezirks- und ähnlichen Vereinen. Was sei bisher, geschehen die Armee zu reformiren? Das vertrauliche Du sei abgeschafft, sonst wäre nichts geschehen. Und doch sei schon wiederholt als Aufgabe der Verfassung hingestellt worden, auch die Armee auf die Freiheit des 18. März zu erheben! Viele Offiziere hätten gebeten, auf Ausführung der Beschlüsse vom 9. August zu dringen. Weshalb solle die Versammlung sie zurücknehmen, wenn man sie für heilsam halte.

Präsident Grabow: Ehe die heutige Sitzung begann, hat der Kommandeur und der Stab der Bürgerwehr mir eine Adresse mit-

getheilt des Inhalts, daß die Majorität der Bürgerwehr in den Beschlüssen der National-Versammlung die Stimme des Volkes feht, ihre Ausföhrung verlangt, und die National-Versammlung in allen Beschlüssen schügen wird.

Eine Stimme von der Rechten: Die berliner Bürgerwehr hat uns nichts zu befehlen.

Abgeordneter Elsner: Wären die Erwägungen des Unruh'schen Amendements am 9. August gestellt worden, wir würden sie angenommen haben; sie haben an sich nichts Beleidigendes. Aber nach 4 Wochen, auf äußere Veranlassung es thun, das ist das Beleidigende, das heißt: pater peccavi. Der Minister-Präsident hat gesagt, aus den stenographischen Berichten würden die Offiziere den Erlaß ansehen, ich wende das umgekehrt an. Aus den stenographischen Berichten werden die Offiziere ansehen, auch ohne daß wir das Unruh'sche Amendement annehmen, daß wir keine Gewissens-Inquisition beabsichtigen.

Abgeordneter Belzer will nähere Auskunft über die Absichten der Bürgerwehr; Reichenperger will, wenn die Interpretation von Brenden richtig sei, die Versammlung an einen andern Ort verlegt haben.

Präsident Grabow: Ich kann die Adresse der Bürgerwehr nur so auslegen, daß sie die Beschlüsse jeder Majorität aufrecht erhalten will.

Brenden beruft sich auf die Adresse des 9ten Bezirks, welcher erklärt, die Versammlung bei den Beschlüssen des 9. August schügen zu wollen.

Grabow verliest sie, und setzt hinzu: Ich meine, wir haben auf nichts zu hören, was außerhalb des Saales gesprochen wird! Stimmen wir nach unserer Ueberzeugung; dann stehen wir Alle für Einen gegen Jeden, der unsere Gewissensfreiheit beschwören will! (Stürmischer Applaus; Abgeordneter von Auerwald begrüßt Reichenperger.)

Abgeordn. Uhlisch: Ich kann mitreden, wenn von Inquisition die Rede, ich habe auch eine Zeitlang unter Inquisition gestanden, aber in dem beschlossenen Erlaß finde ich nichts von Inquisition.

Die Vertagung wird beantragt, von der äußersten Rechten unterstützt und von der Versammlung verworfen.

Nun wird der Schluß von der äußersten Linken gefordert und mit überwiegender Majorität angenommen.

Stein als Antragsteller weist noch darauf hin, daß, wie schon wiederholt bemerkt worden, bei dem Beschluß vom 9. August nicht die Absicht gewesen sei, die Worte des Erlasses zu diktiren, daß es also gerade in der Hand des Ministeriums gelegen habe, den Erlaß so zu fassen, daß er keine Gewissens-Inquisition enthalte. Meine Herren, fährt er fort, fühlen Sie nicht die Herabwürdigung, die darin liegt, daß man Sie 4 Wochen lang nicht einmal einer Antwort gewürdigt hat? Es soll eine neue Souveränität zwischen die der Krone und die der Versammlung geschoben werden, die des Ministeriums. Ich will nicht unter dem Absolutismus eines Monarchen, auch nicht unter dem einer Versammlung von 600 Mitgliedern stehen, aber auch nicht unter dem von 8 Ministern. Sie haben zu wählen, zwischen der Konsequenz und einem Ministerium!

Man kommt zur Fragestellung. Es wird beschlossen, die Frage in folgender Reihenfolge zu stellen: 1) Unruh, 2) Tamnau, 3) Stein.

1. Amendement von Unruh; dasselbe erhält 320 nein, 38 ja, gefehlt 43.

II. Amendement von Tamnau; dasselbe erhält 210 nein, 156 ja, gefehlt 36.

III. Antrag von Stein. Derselbe wurde schließlich mit 219 Stimmen gegen 152 angenommen. Derselbe wurde daher mit einer Majorität von 67 Stimmen angenommen.

Drei und funfzigste Sitzung am 8. Septbr. Die Kammer füllte sich langsam und spät. Ein Schreiben des Ministers: Präsidenten an: „daß das Staats-Ministerium sich in der Lage befinde, über die Resultate der gestrigen Sitzung Sr. Majestät seine Entschlüsse mitzutheilen. Das Ministerium sei dadurch verhindert, der heutigen Sitzung beizuwohnen und stelle es dem Präsidenten anheim die Sitzung zu vertagen.“ — In Folge dieses Schreibens wird beschlossen die Sitzung bis Montag den 11. Sept. zu vertagen. Die Abtheilungen arbeiten indeß fort.

Deutsche National-Versammlung zu Frankfurt a. M.

Fünf und sechszigste Sitzung am 24. August. In derselben wurde die allgemeine Verathung des Art. 3 der Grundrechte fortgesetzt.

Sechs und sechszigste Sitzung am 25. August. Der Finanz-Minister v. Beckerath verlas einen Bericht über den Zustand der Reichskassen; bei Uebernahme derselben am 10. August seien 2,881,516 fl. vorgefunden worden; 735,000 fl. seien noch von einzelnen Regierungen rückständig gewesen, aber bereits eingezahlt. Es wurde ein Ausschuß ernannt den Bericht zu prüfen. Der Reichs-Kriegs-Minister von Decker nahm das Wort, um auf die Interpellationen von Vogt in Betreff eines angeblich von ihm her ührenden, in den Zeitungen abgedruckten Briefes, so wie auf die Frage, ob die von ihm angeordnete Huldigung überall in der vorgeschriebenen Weise stattgefunden habe, Antwort zu ertheilen. Er glaube, sich des Einverständnisses der hohen Versammlung erfreuen zu können, wenn er sage,

daß ein Zeitungsartikel, in welchem sich die ungenaue, aus dem Zusammenhange gerissene Mittheilung einer vertraulichen Correspondenz enthalten finde, wohl nicht Gegenstand einer parlamentarischen Verhandlung sein dürfe. Er erklärte, daß er fest entschlossen sei, seine Pflicht zu erfüllen, und daß er hoffe, die National-Versammlung werde wissen, ihn nach seiner amtlichen Wirksamkeit zu beurtheilen. — Hinsichtlich der zweiten Interpellation habe die gesammte deutsche Waffennacht, wenn schon mit einigen Modifikationen, sich dem Beschlusse des Ministeriums gefügt und dem Reichsverweser die Huldigung dargebracht. In Hannover sei die Armee durch Armeebefehl angewiesen worden, die deutschen Farben anzulegen, und die Parade, um dem andern Theile des Ministerial-Erlasses zu genügen, stehe in naher Aussicht. Die National-Versammlung würde in der neuerlich abgegebenen unumwundenen Erklärung der hannoverschen, daß sie den Reichsverweser anerkenne und in der

bereits geschehenen Erfüllung ihrer Bundespflichten den genügenden Beweis ihrer Eüßigkeit gewahrt werden. Preußen gegenüber habe der Irrthum obgewaltet, daß er in der Eigenschaft als Minister des Reichsverwesers seine Befugniß überschritten. Diese Annahme sei falsch; in der Verfügung sei erklärt worden, daß dieselbe sich nur auf das preußische Landescontingent, nicht aber auf die bei Weitem stärkere gesammte preußische Armee beziehe. In wie weit es nun nicht früher schon geschehen sei, habe das preußische Bundesheer auf Befehl des preußischen Kriegsministers am 6. August der diesseitigen Verfügung Genüge geleistet. Er erinnere nur daran, daß es in Mainz ein preußischer General gewesen sei, der zuerst und unaufgefordert unter Kanonendonner dem Reichsverweser habe Huldigen lassen. Hinsichtlich des übrigen Heerestheiles habe die preußische Regierung erklärt, daß es mit Schwierigkeiten verbunden sein würde eine gehörige Trennung vorzunehmen, daß sie aber bereit sei, ihre gesammte Macht im Nothfall für Deutschland ins Feld rücken zu lassen; aus diesem Grunde habe sie es für angemessener gehalten, die ganze Armee durch Tagesbefehl von dem Regierungsantritt des Reichsverwesers in Kenntniß zu setzen und auf den Gehorsam gegen ihn hinzuweisen. Die preußische Regierung habe den Wunsch hinzugefügt, daß Se. Kaiserl. Hoheit der Reichsverweser bald Gelegenheit nehmen möge, über das preußische Heer zu verfügen und in eigener Person die Huldigung zu empfangen, welche die Armee ihm darbringen werde. Wenn also auch gerade nicht in der Form, so sei doch in der Sache von Seiten der preußischen Regierung den Forderungen des Reichs-Kriegsministeriums Folge gegeben worden und man dürfe mit vollster Zuversicht erwarten, daß die preußische Regierung wie das preußische Volk sich ganz an die deutsche Sache hingeben, und für Deutschlands Interessen sich opfern würden. Er bitte aber zu bedenken, daß es eine weltgeschichtliche Uebergangsperiode sei, in welcher man sich gegenwärtig befinde und daß an die Erscheinungen einer solchen Zeit andere Maßstäbe gelegt werden müßten. Nur auf das gegenseitige Vertrauen komme es an, daran solle man fest halten, denn nur auf dem Wege des Vertrauens könne sich unser gemeinsames Vaterland zur vollen Blüthe erheben. (Beifall auf der Rechten und im Centrum.) Der Minister betrat gleich darauf noch einmal die Rednerbühne und holte in Bezug auf Oesterreich nach, daß er, da an den Minister des Innern eine besondere Interpellation gerichtet worden sei, welche auch die Huldigungs-Frage mit umfasse, die Antwort darauf seinem Kollegen überlasse. Vogt, Schlössel und Simon machten noch mehrere Anträge in dieser Angelegenheit, welche aber an den Ausschuß der Centralgewalt gewiesen wurden. In Bezug auf die Anfrage des Abg. Jahn, ob das Reichsministerium keine entscheidende Schritte gegen die wühlerischen Unternehmungen der sogenannten Demokraten, welche auf Zerstörung aller Ordnung und Entzündung von Bürgerkrieg

gerichtet seien, ertheilte der Reichsminister v. Schmerling die Antwort, daß das Ministerium das Vereinigungsrecht als heiligste Gewähr der Freiheit anerkenne, daß es aber auch jeden Mißbrauch dieses Rechts verhindern werde. Die Worte des Reichsverwesers in seiner Ansprache an das deutsche Volk, „dem verbrecherischen Treiben und der Zügellosigkeit mit dem vollen Gewicht der Gesetze entgentreten zu wollen,“ würde das Ministerium sich zur Richtschnur dienen lassen, es im Uebrigen aber jeder einzelnen Regierung anheim zu geben, die Bürger gegen Gesekwidrigkeiten zu schützen. — Hinsichtlich der Interpellation wegen des Ausfuhrverbotes von edlen Metallen aus Oesterreich, habe das dortige Ministerium erklärt, daß es nur dem Drange der Umstände und dem Verlangen des Volkes nachgegeben, den Gegenstand zur Erledigung aber an den österreichischen Reichstag verwiesen habe. Nach den Beschlüssen dieser Versammlung stehe nun eine baldige Aufhebung des Verbots zu hoffen. — Eine dritte Interpellation bezüglich der rückständigen Wahlen zur National-Versammlung in Böhmen beantwortete er dahin, daß das Reichsministerium ein erneuertes eindringliches Schreiben an das österreichische Ministerium gerichtet und die Antwort desselben jetzt zu gewärtigen habe. Auf diese Erwiderungen erfolgten wieder verschiedene Anträge. Es wurde nun zur Tagesordnung und zur Verathung der Grundrechte übergegangen.

Sieben und sechszigste Sitzung am 26. August. Die Verathung über die Grundrechte wurde fortgesetzt. (§. 13.)

Acht und sechszigste Sitzung am 29. August. Die Verathung des §. 14 der Grundrechte: „Neue Religions-Genossenschaften dürfen sich bilden, einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht“, war an der Tagesordnung.

Neun und sechszigste Sitzung am 31. August. Der Reichsminister macht Mittheilung über den Waffenstillstand mit Dänemark. Der Reichsminister von Mohl legt einen Gesekentwurf über die Bekanntmachung der Reichsgesetze und der Verfügungen der provisorischen Centralgewalt vor; es ward beschloffen, denselben an den Gesekgebungs-ausschuß zu verweisen. Sodann wurden mehrere Berichte erstattet; Stavenhagen, Namens des Wehr-Ausschusses; Fesler einen Bericht des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses und noch mehrere andere. Hierauf wurde die neue Wahl der Vorsiehenden vollzogen: Heinrich v. Gagern wurde mit 396 Stimmen wieder zum ersten Präsidenten, von Soiron mit 284 Stimmen zum 1sten Stellvertreter und von Hermann von München mit 270 zum 2ten Vice-Präsidenten erwählt. Zur Tagesordnung übergehend wurde der zweite Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung: in welcher Weise die in den verschiedenen Ausschüssen zur Erledigung gekommenen Stellen einzelner Mitglieder zu ergänzen seien, verhandelt und Beschluß gefaßt. Hierauf kam die Rechnungsablage des vormaligen Sünzigers

Ausschusses zum Vortrage. Es ward beschlossen dem gewesenen Funfziger-Ausschusse, welcher durch die Wahl des Vorparlamentes an dessen Stelle getreten, mit patriotischer Hingebung das Werk der Einigung, Befreiung und Kräftigung Deutschlands vorbereitet und den Zusammentritt der Nationalversammlung gefördert hat, den Dank der deutschen Nation auszusprechen. (Genehmigt.) Ferner beschloß man: den Mitgliedern des gewesenen Funfziger-Ausschusses für die Dauer ihrer Wirksamkeit Reisekosten und 3 Thlr. Tagebühren aus der Reichskasse zu bezahlen. (Genehmigt.) Nach Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung ward diese geschlossen.

Siebenzigste Sitzung am 1. Septbr. In derselben gab der Reichsminister über die Limburgsche Frage Auskunft; eine lange Debatte entspinnt sich und endet damit, daß Stebmann's Antrag: auf motivirte Tagesordnung überzugehen, angenommen wird. Hierauf wurde die Frage verhandelt: „ob nur eine beschränkte Zahl von Zuhörern zugelassen sei, damit die Ordnung überall gehandhabt werden könne.“ Dies wird beschlossen und von Lichnowsky's Antrag: „die vom Bureau getroffenen Maßregeln gut zu heißen“ angenommen.

Ein und siebenzigste Sitzung am 4. Septbr. Der Reichsminister Heckscher bringt ein Exemplar des Waffenstillstandes in die Versammlung und bevormundet den Abschluß desselben. Dahlmann richtete fünf Fragen wegen dieses Abschlusses an das Reichsministerium und will die Ehre Deutschlands gewahrt wissen. Eine Anzahl Mitglieder stellt den Antrag: die Nationalversammlung wolle diesem Waffenstillstande ihre Genehmigung versagen und den Beschluß vom 9. Juni, wonach der Krieg mit Dänemark energisch beendet werden müsse, zur Wahrheit machen. Man beschließt die Annahme des ministeriellen Antrags: „daß nach dem Drucke der Aktenstücke über den zu Malmö abgeschlossenen Waffenstillstand und nach schleuniger Berichterstattung der vereinigten Ausschüsse für internationale Angelegenheiten und für die Centralgewalt ein Tag zur weiteren Berathung bestimmt werde. Die Ausschüsse sollen ihr Werk sogleich beginnen.

Zwei und siebenzigste Sitzung am 5. Septbr. Der Abg. Dahlmann erstattet den gestern verlangten Be-

richt des Ausschusses über die Frage: „ob eine Sistirung des dänischen Waffenstillstandes der hohen Versammlung zu empfehlen sei?“ Seine Rede und Berichterstattung mit vieltem Feuer gehalten legt dar: den Waffenstillstand nicht zu genehmigen. Das Reichsministerium ist gegen die Sistirung des Waffenstillstandes und führt wichtige Gründe über die Stellung Preußens und Verluste im Handel an. Es könne eine Entweirung der Volksstämme eintreten. Halte die Centralgewalt den Waffenstillstand nicht für gut, so müsse Preußen ihn aufrecht erhalten. Das Ministerium erklärt: „es werde zurücktreten, wenn man beschließe den Waffenstillstand zu sistiren. Der Schluß der Verhandlung wird beliebt und mit einer Mehrheit von 17 Stimmen (238 gegen 221) beschlossen: die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes nöthigen militärischen Maßregeln.

Drei und siebenzigste Sitzung am 7. Septbr. Ein Schreiben des Minister-Präsidenten von Leiningen bringt der Versammlung die Kunde, daß das gesammte Reichsministerium, in Folge des Beschlusses vom 5. Septbr. in der National-Versammlung, seine Entlassung genommen habe und solche vom Reichsverweser genehmigt worden sei; bis zur Ernennung eines neuen Kabinetts wollten die Reichsminister sich der Geschäfte unterziehen, ohne jedoch obigen Beschluß zu vollziehen, dessen Vollführung ihren Geschäftsfreis nicht berühre; ein neues Ministerium bestehe noch nicht; der Abg. Dahlmann sei mit der Bildung eines neuen beauftragt. Die Weigerung des abgegangenen Ministeriums, die zur Sistirung des Waffenstillstandes nothwendigen Maßregeln zu ergreifen, gab zu lebhaften Debatten Veranlassung. Man schlug die Ernennung eines Vollziehungs-Ausschusses oder sofortige Erirung eines Ministeriums vor; drang aber damit nicht durch. Die gemachten Anträge wurden alle nach und nach zurückgezogen und ein Vorschlag auf Entschädigung aller Kaufleute, Rheder und Schiffer für Verluste in dem Kriege mit Dänemark, da jetzt durch den Beschluß von ehegestern neue Gefahren hervorgerufen sein könnten, ward an den Ausschuß verwiesen, da man dem Antrage es ansah, daß er nur gemacht war, um die Volksgunst zu gewinnen und den Unwillen über die beabsichtigte Sistirung in den betreffenden Gegenden zu beschwichtigen.

B ü r g e r w e h r .

(B e s c h l u ß .)

Daß ein so wichtiges, weit und tief greifendes Institut Feinde hat, finde ich eben so natürlich, als ich den Versuch, ihre Vorurtheile und Angriffe anders als durch die That zu berichtigen und widerlegen, für verfehlt halten würde. Ich wende mich daher zu seinen weit gefährlicheren inneren Feinden und führe von ihnen nur die militärische Kleinmeisterei und den Luxus an. Unter jener verstehe ich

das Uebel, da die Scheide höher, als das Schwert gehalten, das Mittel für den Zweck gesetzt und das edle Schlachtroß durch fortwährende Dressur in ein zierliches Kunstreiterpferd verwandelt wird. Die traurigen Erfahrungen der Deutschen in den Revolutionskriegen haben uns gelehrt, daß dieses Uebel die stehenden Heere im Frieden, wie der Rost das Eisen, anfrisst. Wenn auch die Bürgerwehr in ihrer

freieren Verfassung ein Verwahrungsmittel gegen dasselbe findet, so wird sie doch wieder von ihm dadurch näher bedroht, daß das von vielen Auswüchsen und Rostflecken des Friedens läuternde Feuer des Krieges ihr in weit fernerer Aussicht, als dem Heere, steht. Daher und aus vielen anderen Gründen, deren Ausführung der Raum verbietet, halte ich es für höchst notwendig, daß die Bürgerwehr, wenn auch mit dem Militär auf gleichen organischen und taktischen Grundsätzen ruhend, anstatt denselben widernatürlich und ihre Feinde zum Spott aufrufend nachzustreben, eifersüchtig ihre Eigenthümlichkeit sich zu bewahren suche, daß sie, wie jenes nicht Bürgerwehr, so nicht Militär sein wolle und dieses Nichtwollen gleichsam auf ihrem Paniere ihren Widersachern entgegenhalte.

Ein der militärischen Kleinmeisterei nahe verwandter Feind ist der Luxus, den ich, zu meinem Schmerze, in dieses schöne Institut schon eingebrungen sehe. Was kann mir alles Neben von Freiheit, Oeffentlichkeit, Gemeinsinn und Volksthümlichkeit gelten, wenn ich, in dem freiesten, oeffentlichsten, gemeinnützigsten und volksthümlichsten aller Institute, den Reichen von dem Armen sogar organisch und nach Corps geschieden sehe? Ich halte dieses für einen Uebelstand, den nur die Begeisterung dieser Corps (Reiterei, Jäger, Scharfschützen u. s. w.) erklären können. Es kann natürlich nicht davon die Rede sein, diesen Uebelstand durch Auflösung solcher, mit anerkennungswerthen Opfern der Be-theiligten gebildeten, ermittelten Corps zu heben; wohl aber glaube ich der übrigen Bürgerwehr wünschen zu dürfen, daß sie gegen den Luxus, als ihren gefährlichsten Feind, mit der ganzen Macht des Gemeinfinnes ankämpfe, mit gewissenhafter Sorgfalt Alles — bis auf den kleinsten und anscheinend unschuldigsten Fuß — zu vermeiden suche, was den Armen gegen den Reichen zurücksetzen könnte und überhaupt dahin strebe, daß jener neben diesem sich gleich wohl, gleich frei, gleich geachtet fühle. Daher und um die erwähnte Eigenthümlichkeit dem Institute zu erhalten, würde ich gegen eine militärische Uniformirung der Bürgerwehr mich entschieden erklären und wenn, um von der inneren Einheit ein Bild zu geben, eine einförmige Kleidung für gut gefunden werden sollte, eine Arbeiterblouse, wie wir sie schon sehen, vorschlagen. Eine solche, mit einem ledernen Gürtel und ein auf einer Seite aufgekrempster und mit einer kleinen Schwungfeder verzierter runder Hut würden der Bürgerwehr sogar ein malerisches Ansehen geben.

Die verschiedene Bewaffnung der Bürgerwehr mit Bajonettflinten und Lanzen ist auch ein Uebelstand, welcher aber, weil unvermeidlich, die innere Einheit nicht stören darf. Es ist bekannt, in welchem Ansehen die Lanze bei Solard und dem Marschall von Sachsen stand, wie sie dieselbe die **Königin der Waffen** nannten und die Unsicherheit der damaligen Feuerlinientaktik erkennend, ihrer Zeit vor-

auseilend, das in geschlossene Colonnen aufzustellende Fußvolk theilweise mit Lanzen zu bewaffnen vorschlugen. Die glückliche Verbindung der Nah- und Fernwaffen durch die Bajonettflinte und die Aufstellung der Infanterie in von Tirailleurs umgebenen geschlossenen Colonnen haben diesen Vorschlag der Ausführung nahe, die Stoßwaffe gegen die Feuerwaffe wieder zu Ehren gebracht und dem „**Spießbürger**“ all' seine spöttische Bedeutung genommen. Uebrigens entspricht die Lanze vielleicht mehr noch, als die Schießwaffe, der nächsten Bestimmung der Bürgerwehr im Straßen- und Häusergefechte und setzt weniger der Gefahr aus, den Freund statt des Feindes, den Unschuldigen statt des Schuldigen zu treffen; wie es denn bei ihr gewiß noch mehr auf den persönlichen Muth ankommt, welcher in letzter Instanz doch allein entscheidet. So werde denn dem Lanzenträger gleiche Achtung, gleiches Vertrauen zu Theil!

Was nun die hiesige Bürgerwehr betrifft, so hat sie allerdings noch nicht jene Feuerprobe bestanden, welche den einzig sichern Maßstab bei Beurtheilung des innern Gehaltes der bewaffneten Macht abgibt. Aber sie bietet schon jetzt eine imponirende Masse, der wir am meisten wohl die Sicherheit und Ruhe verdanken, welcher wir uns zu erfreuen haben. Auch hat sie, bei mehreren Gelegenheiten und namentlich bei dem Empfange und der Huldigung des Reichsverwe'ers, durch ihre Haltung unter Regengüssen eine Probe bestanden, die, wenn auch keine Feuerprobe, doch von ihrem guten Geiste ein sprechendes Zeugniß giebt.

Mögen diese Bemerkungen dazu beitragen, der Bürgerwehr im Allgemeinen und der hiesigen insbesondere die achtende Anerkennung zuzuwenden, welche sie verdient und gewiß schon bei Denen findet, die sie kennen. Diese Bekannthschaft verlangt keinesweges, daß dieses schöne Institut in dem Lichte irgend einer politischen Partei gesehen werde, sondern nur gesunde Augen, einen nicht zu fernem und zu hohen Standpunkt und — einige Billigkeit! „**Komm und sieh' es**“ ruft die sechste Compagnie, in deren Reihen ich aus freier Wahl und Ueberzeugung getreten bin, Allen freundlich einladend zu (Nr. 20. Tagebl. z. Hall. K.).

Halle im August 1848.

Gottlob von Volenz.

I n s e r a t e.

3066. Das Blücherfest zu Löwenberg.

Ein Dankfest war es nicht, ich kann es nicht verhehlen, Dies Jahr war es nur blos für durst'ge Kehlen. Das fromme Lied: „Nun danket alle Gott“, Das sang man diesmal nicht an jenem schönen Ort. Sagt, paßt dies Lied nicht mehr für unsere Zeit, Ist man denn in der Frömmigkeit schon jetzt zu weit? Und welchen Vortheil hat denn unsere Stadt, Daß man das Blücherfest also verstümmelt hat?

3147. Diebe Landsleute.

In No. 34 des Boten a. d. R. hat mich Jemand beschuldigt, „ich hätte 1) durch das, was ich Euch über die Trennung der Kirche von der Schule mitgetheilt, nicht wenige Unwahrheiten ausgesprochen, — 2) eine arge Verläumdung gegen den Lehrerstand dadurch hingestellt, daß ich behauptet, die Lehrer wollten nicht mehr den Religionsunterricht erteilen und verdiene daher 3) ernstlich auf das achte Gebot hingewiesen zu werden.“

Nun, der gute Mann hat eine Doppelpatrilie gehabt, als er den einen und eine pfundleberne, als er den andern Theil meiner einfachen Worte gelesen, die ich über die Trennung der Schule von der Kirche an Euch, liebe Landsleute, gerichtet habe — und was das Schlimmste ist, er hat es hinter den Ohren sitzen; — denn er will mich so ohne Weiteres, weil es in seinen Kram paßt, unter das Regiment der Lügner und Verläumder stecken. Nun, guter Mann, wenn Du für diese Sorte Menschen den Werbeoffizier spielst, so kann ich Dir nicht dienen, selbst wenn Du mich zum Selbstweibel machtest und dabei viel Handgeld geben wollest; — denn ich hasse nichts mehr, als die Lüge, — verachte nichts mehr, als die Verleumdung, die jetzt ihr grauenhaftes Wesen gegen Alles treibt, was ihrer Zügellosigkeit irgend wie Schranken setzt, und die jetzt mit ihrem Giftzahn an dem Heiligsten, nämlich der Kirche und was mit derselben aufs engste verbunden, nämlich an der religiösen Bildung der Jugend nagt.

Du sagst 1), „es wären nicht wenige Unwahrheiten in meinem Aufsatz enthalten.“ — Wenn ihrer nicht wenig sind, so würden derselben wahrscheinlich viele sein. — Warum nennst Du sie nicht, damit dieselben und somit meine Lügenhaftigkeit offenbar würde? — Damit Dir nun die Nachweisung derselben leicht fällt, frage ich Dich: Ist's eine Lüge, daß die Lehrer (mit wenig Ausnahmen) keinen Auftrag von den Gemeinden erhalten, das heilige Band zu zerreißen, was zwischen Schule und Kirche seit uralter Zeit bestanden? — Ist's eine Lüge, daß die Lehrer freiwillig ihr Amt übernommen und daß sie gewußt, wer ihre Vorgesetzten sind? Ist's eine Lüge, daß einige von den Stimmführern für Losfreisung der Schule von der Kirche darum vor Ungebulb schier verßen, weil ihnen die heiligen Lehren der Kirche längst ein Greuel waren und sie den Augenblick gar nicht erwarten können, wo sie ihre neu-morbische Weltreligion ungeschert an den Mann bringen könnten? Ist's eine Lüge, daß die meisten Lehrer nur darum sich so für die Losfreisung von der Kirche haben bestimmen lassen, weil sie dadurch die Schule als Staats-Anstalt für und fertig und somit auch die Verbesserung ihrer leider oft sehr kärglichen Stellen sahen? — Ist's eine Lüge, daß Ihr selbst geglaubt habt, daß, wenn die Schule Staats-Anstalt wird, so giebt's kein Schulgeld mehr und dabei vergaßt, daß Eure Selbbeutel diese Staatskasse ist, woraus die Befolgung kommen mußte? Habe ich gelogen, wenn ich, um klar zu sein, die künftigen Kreis-Schul-Inspectoren mit Obersteuer-Controllen verglich und behauptete, sie könnten unmöglich so viel Interesse an Euren Kindern haben als Eure Seelforger? — Habe ich unwarh geretet, daß jetzt gewisse Subjekte auf einmal keine Trommel groß, keinen Wirbel stark genug finden, um die Leute zusammenzupacken und ihnen vorzuposaunen: „die Geistlichen verstanden das Schulhalten nicht?“ Habe ich unrecht, wenn ich behaupte, daß durch die Anstellung von Kreis-Schul-Inspectoren ein Heer neuer Beamten entsteht, welche dem Staat, d. h. Euch, eine Masse Geld kostet, der Pensionen und Stellvertreter nicht zu gedenken.

Und, edler Wahrheitsfreund, habe ich eine Verläumdung gegen den ehrenwerthen Lehrerstand ausgesprochen, wenn ich in meinem Aufsatz sagte: „Nun will man Euch endlich noch weis machen, der Unterricht in der Religion passe nicht mehr für die ersten Jahre der Kindheit — ??“ Sage mir, kann ich, Deiner Beschuldigung gegenüber, anders glauben, als daß Du zuweilen auch Dich der pfundlebernen Brillen bedienst? Denn, wäre dies nicht der Fall,

so würdest Du zunächst den Inhalt der angezogenen Zeilen genommen haben, wie er dem Worte nach zu nehmen ist, nämlich: „Daß es Markt- und Bierbankstrolcher zu Stadt und Land gebe, welche öffentlich verkündigen: der Religionsunterricht in Schulen durch die Lehrer müsse aufgehoben; in Folge dessen dürfe es künftig nicht mehr katholische, evangelische, jüdische 2c Schulen, sondern bloß Schulen geben und Jeder, ob Heide, Türke, Christ oder Jude, der eine Lehrerprüfung bestanden, müsse dort lehren können?“ — Mein edler Gönner! Wenn Dein Trommelfell nicht all zu schädhaft wäre, würdest Du Kunde davon haben, — wie auch davon, daß nicht bloß Speculantenmacher von Profession, sondern auch Lehrer salbungreiche Glossen und Floskeln darüber in die Welt geschickt! — Trotz dessen, daß ich dies recht gut gewußt, habe ich es früher nicht berührt, weil ich Dir sehr wohl glauben will, daß die große Mehrzahl des ehrenwerthen Lehrerstandes sich noch nicht von der Kirche entfernt hat, wie einzelne unbestimmte Größen, die, weil ihre Bemühungen um höhere Würden von der Pfanne gebrannt, oder, weil ihrem albernem Stolz und Dürkel nicht genug Weithrauch gestreut, sich jetzt, gleich englischen Kampfuhnen, gegen die Kirche in Positur stellen, weil sie recht wohl begriffen haben, daß der Kirche kein größerer Nachtheil zugefügt werden kann, als durch die Losfreisung der Schule von derselben. — Wie würden diese Gelben den armen Lehrern die Zähne weissen, wenn sie zur geistlichen Würde gelangt und diese mit dem Trennungs-Gesuch vor ihnen erschienen wären.

Wenn Du also, edler Gönner, mir sagst: „Alle Lehrer hätten den Religionsunterricht in der Schule als Hauptgegenstand der Schule anerkannt,“ so handelst Du gegen das 8. Gebot?

Du giebst mir nun ferner ungefragt Alles an, was nach neuer Ansicht von der Religion in der Schule beibehalten und was wegfallen solle. Ich freue mich Deiner Bekanntschaft darüber.

Nun frage ich Dich aber, geseht, die Bewohner Preußens wären so gleichgültig gegen die religiöse Bildung ihrer Jugend, daß sie ihre Schulen von der Kirche reifen ließen, — und es käme so weit z. B. (was wäre auch in unserer Zeit nicht möglich?), — daß der jetzt unter gewissen Leuten so sehr berühmte Herr Held aus Berlin, der neulich vor Gericht erklärte: Ich glaube an keinen Gott und kann also nicht schwören“ — Minister der Geistlichen und Schulangelegenheiten würde, — welche Lehren der Religion würden dann noch für die Schulen geistlichen werden und was würden die gesinnungstüchtigen Religionsstürmer unserer Zeit, — wenn die Seelforger aus den Schulen vertrieben würden, — noch von unserer heiligen Religion stehen lassen? —

Darum Christen zu Stadt und Land, schüttelt in dieser Sache Eure Gleichgültigkeit von Euch! — Thut, was Ihr thun könnt, um das Wohl treuer Lehrer zu befördern; aber thut auch Alles, was Ihr könnt, um die heilige Religion Eurer Väter lauter und rein auf Eure Kinder überzutragen! Die Geister Eurer entschlafenen Väter und Mütter blicken aus himmlischen Höhen auf Euch herab und werden sich freuen, wenn Ihr ihre Stelle heute, wo es Noth thut, einnehmt; — denn sagt, — könnten Eure längst entschlafenen Väter und Mütter ihren Staub abschütteln und aus dem Grabe steigen, was würden sie sagen, wenn Ihr zögertet Euch mit allen Freunden der Religion zu vereinen und trotz den süßen Worten der sogenannten wahren Volksfreunde (die aus der Trennung für Euch goldne Berge, — sie sollten aber sagen: Schlangeberge aufwachen lassen) — zu erklären: „Ihr Deputirten von Berlin! Wir haben Euch dorthin geschickt, um unsere Lasten erleichtert zu sehen und gute Gesetze zu erhalten, daß Jeder gleiches Recht empfangen, daß Handel und Wandel wieder blühe, daß die armen Spinner, Weber 2c., die sich ihr Brod ehrlich verdienen wollen, sich dies auch ehrlich verdienen können; aber Ihr habt kein Recht erhalten, unsere Schulen von den Kirchen zu trennen, weil wir dadurch unser heiligstes, unsern theuern Glauben gefährdet sehen! — Ordnet jetzt zuerst unsere irdischen Ver-

bältnisse; was Schule und Kirche anbetrißt, das laßt zuletzt: Darüber haben unsere Armen nicht geklagt, und würde unsern Nothleidenden die Religion noch entrisßen, dann müßte die Verzweiflung sie verzehren!" — Und wenn Ihr nun thut, was Ihr als treue Nachfolger Christi nicht lassen könnt, — wenn Ihr — indem Ihr unerschütterlich nur auf die ewig milden Töne lauscht, die noch fort und fort von Galiläa's Fluren durch das Evangelium wie Geisterruf an Euer Ohr schlagen, — wenn diese Euch das göttlich strahlende Bild des Erlösers vor die Seele zaubern, wenn Ihr im Geist seinen Mund sich öffnen und die erhabenen Worte: „Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich, und wer nicht mit mir sammelt, der zerstreuet," — ausprechen höret: dann werdet Ihr Eure Kinder, statt sie von der Kirche zu reißen, enger denn je an diese zu schließen trachten, damit, wenn Ihr ins Grab gesunken, und sie an Eurer Stelle stehen, Euer Vorbild im Glauben ihnen den Pfad zeigt, der sie zu den Pforten des Himmels führt. Nun bedenket dies ernst und ruhig und sprecht dann als ernste deutsche Männer und wißt, daß wenn Ihr schweiget, so wird die Zeit einst kommen, daß die Steine über Euch schreien werden!

Eine Stimme aus dem Volke.

Auf- oder Untergehn.

Jüngst hört' ich träumend meiner Ost-See Wogen rauschen,
Es barg mich Kynast's edler Tannenwald.
Und wieder durft' ich eines Meerergotts Worten lauschen;
Noch seh' ich sie, die würdige Gestalt.
Wie sie einst Raum in Kindesphantasie gewonnen,
So blieb im Traume sie, ob wirklich längst veronnen.

Das geisterhafte Säufeln in den Tannenzweigen
Gab mit den Wogen eine Harmonie.
Rein Haupt, von Ehrerbietung voll, muß' ich es neigen
Vor dieser nie gehörten Melodie.
Die Worte, dem Drakel gleich, mag ich nicht deuten,
Sie klangen ähnlich dumpf entferntem Grabesläuten.

„Wohl mag sich in der Erd'," sprach er, „der Saam' entfalten;
„Doch lohnt er stets des thät'gen Simanns Fleiß?
„Und aus dem alten einen neuen Bau gestalten,
„Lohnt's immer des Erbauers sanern Schweiß?
„So wie ein Korn im Aufgehn oftmals muß ersticken —
„Mag so die Fessel wohl den freien Geist berücken?

„Ein Aufgehn läßt sich nur durch Untergehn bedingen;
„Es sei ein Stäubchen, sei ein mächtig Reich.
„Und ist's dem schwarzen Kar, der jetzt die kühnen Schwingen
„Zu doch nicht sicherem Flug erhebt, denn gleich:
„Ob er mit matten Fittigen muß niedersteigen,
„Und seiner Jänge Kraft nur schüchtern noch darf zeigen?"

Als er geendet, theilten sich die blauen Gluthen,
Durch die hinab er in den Drus stieg.
Ich sah im Geist manch' edles Menschenleben bluten,
Und der Verwirrung Räuel mehren sich.
Und diese Worte tönen unheilbringend wieder,
Als wären's der Erynien drohende Lieder.

B. Nordenthal.

P ä d a g o g i s c h e s.

Obgleich diesen Blättern eigentlich pädagogische Zwecke fern liegen, so dürfte es doch manchem Leser erwünscht sein, ein

auf Erfahrung basirtes Urtheil über „die jacobotsche Lesemethode" hier ausgesprochen zu finden. Genannte Methode wurde vor längerer Zeit von Breslau aus so gut empfohlen, daß wir uns veranlaßt fühlten, dieselbe versuchsweise zu benutzen. Es geschah dies sowohl öffentlich in unsern Dorfschulen, als auch privatim mit einem nicht ganz talentlosen Schüler. In beiden Fällen sind jedoch die Resultate so unbefriedigend ausgefallen, daß wir unsere lieben Kollegen, die den Versuch noch nicht gemacht haben, freundlichst vor demselben warnen. Wir glauben in dem Sinne und Geiste des Einfinders der Methode, so wie des schlesischen Vertheidigers derselben verfahren zu sein, — erreichten aber, für's Lesen bezüglich, weiter nichts, als das Auswendiglernen der zehn Wandtafeln und die Kenntniß der Laute auf denselben, ohne daß die Schüler im Stande gewesen wären, dann selbst ein mehrsilbiges Wort, das ihnen noch nicht vorgesprochen worden, dessen einzelne Laute sie aber schon kannten, auszusprechen, also lesen zu können. Wir sahen uns daher genöthigt, den analytischen Weg mit dem synthetischen wieder zu vertauschen, wobei uns allerdings die schon erlangte Kenntniß der Laute sehr zu statten kam. Doch, warum will man auf ein umwege erreichen, was man auf geraderem Wege, und leichter, erlangen kann! Wir pflichten somit, nach gewonnener Ueberzeugung, dem Urtheile bei, das Herr Dr. Karow in Bunzlau im evangelischen Kirchen- und Schulblatte v. J. über berge Methode veröffentlichte. Maa sie für Dorfschulen zweckmäßig sein, weil dort die Kinder besser vorgebildet eintreten, für Dorfschulen paßt sie nicht!

B.

R. M.

Landwirthschaftliches.

Seidorf, den 10. Septbr. 1848.

Das Ergebniß eines Versuches, den ich voriges Jahr mit dem sogenannten Wunder- oder Riesen- Stauden- Roggen anstellte, verhielt sich nach geschehenem Drusch wie 1 zu 15. Die Conjunctionen waren zur vorjährigen Herbstsaat wegen der Kälte nicht die günstigsten, daher auch der im allgemeinen schüttre Stand des Kornes; die Auesaat war 11 Tage nach Michaeli, eine Späte, der Acker selbst wegen der schlechten Witterung nicht sonderlich zubereitet, und lag an einem nördlichen Vergabhang, hoch und kalt. Diese Art Korn ist daher eine vorzügliche wegen ihrer Ertragsfähigkeit, und ganz besonders empfehlenswerth, da bei günstigen Auspicien der Ertrag sich bedeutend höher herausstellen würde.

Worbs, Bauerngutbesitzer.

Ob zwar der Bitten und Ansprachen auf Wohlthätigkeit sehr viel sind, so wagt es doch ein Menschenfreund für die alte Mutter Dreßler, welche den 16. Septbr. ihren 41sten Geburtstag feiert, zu bitten; dieselbe liegt krank und bedarf sehr nöthig Unterstützung; sie wohnt Schulg. Nr. 31.

Wegen Mangel an Raum folgen in nächster Nummer der „Geschichts-Kalender" und die Correspondenz-Artikel über das „Fahnenweihfest" zu Warmbrunn und das „Schulkindersfest" zu Hirschberg.

3068.

Falkenhain.

Dem unterzeichneten Comité sind für die Abgebrannten hieselbst bis zum 2. Sept. folgende milde Gaben zugekommen:

1. Aus Neukirch. Vom Hrn. Baron v. Zedlitz-Neukirch 105 Brodte, 2 St. Leinwand und Kleidungsstücke. Hrn. In-

spektor Abel 5 rthl. u. 1 Packet Kleider. Frn. Cand. Raschke 1 Packet Kleider. Von der Fr. Ausgeberin 1 Packet Kinderkleider. Von der kl. Gemeinde 41 rthl. 10 sgr. Aus der Fabrik 5 rthl. Vom Hofgesinde fürs Gefinde 8 rthl. Vom Mentmeister Frn. Jänisch und Nevierförster Frn. Hülger 2 Packet Kleider. Vom Frn. P. Ulbrich u. verw. Fr. Cant. Menzel 2 Packet Kleider u. Wäsche. Von der Gemeinde Neunkirch und Schönhäusen Getraide, Stroh u. Heu.

2. Aus Nieder-Falkenhain. Von Fr. Major v. Thielau 30 St. Brodte, Erbsen, Kleider und Wäsche.

3. Aus Hohenliebenthal. Vom Frn. Geheimen Rath v. Küster 10 rthl., 6 neue Frauen-Anzüge und einige andre Kleidungsstücke. Vom Frn. P. Geisler 6 rthl. 15 sgr., 1 Scheffel Mehl und 1 Packet Sachen. Von der kl. Gemeinde 4 rthl. 21 sgr., Getraide, Mehl, Brod, Flach u. Kleidungsstücke. Vom Gastwirth Frn. Schnabel Getraide u. Stroh. Vom Gerichtsschreiber Frn. Käse 1 St. Bette, Kleider und Wäsche. Vom Schmiedemeister Frn. Reinhold 10 rthl.

4. Aus Mendorf am Gröbzig. Vom Frn. Baron. v. Rosen u. Familie 10 rthl. 10 sgr., 1 Packet Kleider und Wäsche. Vom Frn. Cand. Krause 15 Sgr. und etwas Wäsche. Von der Gemeinde 13 rthl. 7 sgr. 11 pf., Getraide, Stroh und Kleider. Vom Gefinde fürs Gefinde 4 rthl. 20 sgr. 9 pf.

5. Aus Kauffung. Vom Frn. Grafen v. Leutrum eine Kuhre Brod. Vom Frn. P. Walter Kleider, Wäsche u. Hausgeräth. Von Fr. Cantor Pohl 1 Packet Wäsche. Von Fr. Kramer Fischer etwas Leinwand. Von der Gemeinde 16 rthl. 5 sgr., Getraide, Mehl, Stroh, Heu, Nägel, Stricke u. Kleider. Vom Gefinde fürs Gefinde.

6. Aus Ketschdorf. Vom Rittergutsbesitzer Frn. Thamm eine Kuhre Brod.

7. Aus Lähn. Durch Frn. Dr. Worch von mehreren Frauen gesammelt ein großes Packet Kleidungsstücke u. Wäsche. Von Ungenannten 15 sgr. Vom Frn. Erzpriester Tzilner 2 rthl.

8. Aus Altshöna u. Vom Gastwirth Frn. Eckart einige 60 Brodte. Von der Gemeinde 4 rthl., Getraide, Mehl, Stroh u. Heu. Vom Bauergutsbes. Friedrich Getraide, Stroh, Heu u. Kleider. Müllermeister. Felsler 1 Packet Kleider. Bauergutsbesitzer Tschentscher Vater und Sohn Getraide und Stroh.

9. Aus Schönwaldau. Vom Rittergutsbesitzer Frn. Müller Getraide.

10. Aus Schöna u. Durch den Medakteur der Gebirgsbl. Frn. Felscher gesammelt 116 St. Kleider u. Wäsche u. 40 rthl. 10 sgr. Von den Dienstmädchen für die Dienstmädchen 8 rthl. 3 sgr. einige Kleidungsstücke und 1 Hemde, bezeichnet: Gott segne das Wenige! Vom Bäcker Frn. Menzel sen. einige Meubles und Kleidungsstücke. Aus der Kammereikasse 10 rthl. Vom Frn. Major Kadelbach 1 rthl. Vom Frn. Mendant Jung 4 rthl.

11. Aus Nieder-Harpersdorf. Von der Gemeinde Getraide und Stroh. Vom Gefinde fürs Gefinde 3 rthl. 17 sgr. 6 pf. Von der Gemeinde Ober-Harpersdorf 12 rthl. 20 sgr. 6 pf. und Getraide und Stroh.

12. Aus Süßenbach. Von der Gemeinde 91 St. Brodte.

13. Aus Probsthain. Vom Dominio 1 Dopp. Louis'dor. Vom Frn. Inspektor Goltsch 1 Dukaten u. 1 Packet Kleider. Von der Gemeinde 99 Brodte. Vom Brauermstr. Frn. Stobel 2 rthl., Kleider u. Wäsche. Von dessen Gefinde fürs Gefinde 15 sgr.

14. Aus Hermersdorf bei Golbb. Vom Dom. Getraide. Vom Frn. Cantor Gottschling ein Packet Kleider. Von den Schulkindern für die Schulkinder 4 rthl. 7 sgr. 6 pf. Von den Dienstboten für die Dienstboten 5 rthl. 1 sgr. 2 pf.

15. Aus Willenberg. Vom Müllermeister. Patting 144 Brodte.

16. Aus Ober-Adversdorf. Vom Dom. Getraide. Von der Gemeinde 2 rthl. 10 sgr. 9 pf., Getraide, Mehl, Stroh, Heu, Brodt, etwas Flach, Kartoffeln u. Kleider. Vom Müllermeister. Trautmann Stroh u. 2 Bettstellen.

17. Aus Nieder-Adversdorf. Von der Gemeinde 1 rthl. 13 sgr., Getraide u. Stroh. Vom Bauergutsbes. Fein Getraide.

18. Aus Pilgramsdorf. Von der Gemeinde Getraide, Stroh, Heu.

19. Aus Radmannsdorf. Von der Gemeinde 8 rthl. 15 sgr. u. Getraide.

20. Aus Höfel. Vom Ger.-Scholz Meschter 1 rthl. 15 sgr. Vom Scholtiseibesitzer Neberschär 20 rthl.

21. Aus Reichwaldau. Vom Rittergutsbes. Frn. Felscher Getraide. Von der Gemeinde 20 sgr. 6 pf., Getraide, Stroh und Heu.

22. Aus Langenneudorf. Gemeinde von Mittel- und Nieder-L. 27 rthl. 5 sgr 7 pf., Getraide u. Stroh. Vom Gefinde fürs Gefinde 3 rthl. 22 sgr. Gemeinde Ober-Langenneud. Getraide u. Heu.

23. Aus Zobten. Von einer Ungenannten 1 Packet Kleider.

24. Aus Hirschberg. Von einem Handlungsdiener 20 sgr.

25. Aus Langena u. Vom Domin. u. Gemeinde 5 rthl., Getraide. Von einem Ungenannten 15 sgr. für die Kirche u. 15 sgr. für die Abgebrannten.

26. Aus Ratschin. Von der Gemeinde 1 rthl. 21 sgr., 5 Ellen Leinwand u. einige Tüchel.

27. Aus Kleinhelmsdorf. Von der Gemeinde Getraide, Stroh, Heu, Meubles u. Kleider. Vom Bauergutsbes. Glatt-haus 1 rthl. Von dem Bauergutsbes. Beer, Wittwe Jung, Carl Klose u. Schmidt Robert Getraide u. 2 Hemde.

28. Aus Koppelhof bei Landesgut. Vom Frn. Inspektor Wiese 1 rthl.

29. Aus Seidentorf. Von der Gemeinde 4 rthl. 27 sgr. 10 pf., Getraide, Mehl, Stroh, Heu u. 4 Brodte.

30. Aus Ulbersdorf bei Goldberg. Von der Gemeinde 13 rthl. 7 sgr., Getraide, Stroh. Vom Frn. Cantor Fiedler mehrere Kleider. Vom Gefinde fürs Gefinde 7 rthl. 25 sgr. 9 pf.

31. Aus Verbisdorf. Von der Ober-Gemeinde 3 rthl. 19 sgr. 4 pf., Getraide u. Stroh. Von der Nieder-Gemeinde 8 rthl., Getraide, Stroh, Heu und etwas Leinwand. Von den Lehrern u. Schulkindern für die Schulk. 4 rthl. 15 sgr.

32. Aus Merzdorf am Tob. Vom Pfarrer Frn. Herbst 10 rthl. Von der Gemeinde 32 rthl. 28 sgr. 6 pf., Getraide, Stroh u. Heu.

33. Aus Rosena u. Vom Gerichtsscholz Herrmann 25 sgr. 6 pf.

34. Aus Conradswaldau. Von der Gemeinde 50 rthl.

35. Aus Döberhofsdorf. Vom Frn. Cantor Müller 1 Riß Schreibpapier und einige Kleidungsstücke. Von den Schulkindern für dieselben 2 rthl. 18 sgr. 3 pf.

36. Aus Breslau. Durch die Expedition der Schlesif. Zeitung 19 rthl.

37. Aus Leipe. Vom herrsch. Kutscher einige Kleidungsstücke.

38. Aus Hinter-Mochau. Vom Kretschambes. Frn. Wandel 1 Packet Kleider.

39. Aus Wolfsdorf. Von den Schulkindern für dieselben 2 rthl. 18 sgr. 7 pf.

Eine genaue Specification der angeführten Getraidebeiträge soll am Schlusse der Sammlung erfolgen. Viel ist schon geschehen, aber bei der großen Menge der Berunglückten ist noch viel Hilfe nöthig; daher die Bitte um fernere milde Gaben.

Falkenhain, den 3. September 1848.

Das Comité.

Dem
am 14. September 1847 zu Goldberg verstorbenen
Seifensiedermeister
Herrn Friedrich Julius Beer
zollt dankbare Kindes- und Schwesternliebe
dieses einfache Denkmal treuer Erinnerung.

Flückerinn'ung, lauter Schlage
Heute deine Saiten an,
Stimm' dich höher, Trauerklage,
Um den vielbeweineten Mann!
Während Schnittern Freudentänze
Besten Herbst beglückend gab,
Legten weinend Todtenkränze
Wir auf unsers Vaters Grab.

Schnell, im flücht'gen Tanz der Horen
Zog ein Jahr der Trennung hin,
Doch den Tagen, die's geboren,
Wollte keine Freude blüh'n.
Lenz entlockte seine Rosen,
Sonne gab ihr heitres Licht,
Aber wir — die Vaterlosen —
Sah'n den Reiz der Schöpfung nicht.

Jeder Sänger in den Lüften
Sang uns Trauermelodie'n;
Um die Berge und die Triften
Schien ein Nebelflor zu zieh'n.
Wer um seine Todten klaget,
Ach, den fliehet der Freude Spur,
Und kein heitrer Morgen taget
In dir, göttliche Natur!

Doch dieß störe Deinen Frieden,
Vater, unter Sel'gen nicht;
Die vorerst von uns geschieden,
Nahst Dir ja im schönern Licht.
Was war ohne sie Dein Leben,
Ohne sie, was war Dein Glück?
Wieder seid Ihr Euch gegeben
Nach des Hießeins Mißgeschick.

Euer Bildniß soll im Leide
Stärkung uns und Trostquell sein,
Und im Frühlingshauch der Freude
Unser Seele Stimmung weih'n;
Helfen uns, den Schmerz bekriegen,
Mahnen uns zur Liebesthat,
Und der Trennung Weh besiegen,
Daß die Brust ergriffen hat.

Wenn jedoch am Todtenhügel
Zieht noch Trauerblumen blüh'n,
Nehmt sie als des Dankes Siegel,
Als der Wehmuth Opfer hin:
Es ist ja die Kindesliebe,
Die das Grab zum Altar weicht,
Schwestertreu, die wehmuthrube
Der Erinnerung Blüten streut!

Goldberg, den 14. September 1848.

Herrmann, Laura, } als Kinder.
Agnes, Malwine, }
Christiane Henriette Beer, } als
Dtilie Bertha Menzel, } Schwestern.
geb. Beer, }
Friedrich Menzel, als Schwager.

3127. Sonntags den 2. Septbr. Nachts 11 Uhr entschlief nach achttägigen unennbaren Leiden mein treuer Gatte, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Bauer- gutschefter

Herr Johann Gottlob Wrog
zu Querbach, in dem ehrenvollen Alter von 76 Jahren 5 Monaten und 6 Tagen. Entfernten Freunden und Verwandten zeigen wir dies mit tiefbetrübten Herzen an, und bitten um stille Theilnahme.

Endlich schlug Dir die Erlösungsstunde
Wo sich endete Dein herber Schmerz,
Still verhallt die Klage vom dem Munde,
Nicht mehr ängstlich kämpfend bebt Dein Herz,
Ueber der entselten Körperhülle
Waltet ernste feierliche Stille.

Gingesenkt im stillen Todtenreiche,
Wo so mancher fromme Dulder ruht,
Schlummert friedlich die erstarrte Leiche
Unter Gottes Schutze sanft und gut.
Ruhe, die Du schmerzlich hier entbehret
Wird im stillen Grabe Dir gewähret.

Ja, dort werden wir Dich wiederfinden,
Dahin ist Dein frommer Geist entflohn,
Wo Dir Engel liebend Kränze winden,
Droben, droben ist des Dulders Lohn.
Für die treuerfüllte Pflicht zum Lohne
Ernt'st Du Segen nun an Gottes Throne.

Sende Deinen Vaterlegen nieder,
Lass ihn Deinen Kindern Hütten bau'n,
Gleich wie Du sei einst der Enkel wieder,
Wandle so wie Du im Gottvertraun,
Dann lebt in der guten Kinder Mitte
Ihres frommen Vaters schöne Sitte.

Schlumme sanft in Deiner Grabeshöhle
Bis zum großen Auferstehungstag,
Engel trugen Deine fromme Seele,
Nahmen freundlich Dir den Pilgerstab
Den Du mühevoll sorgend hier getragen,
Führten Dich zum Urquell alles Lichts
Und geendet sind nun alle Klagen
Weil jetzt Deinem Glücke nichts gebricht.

Querbach, Herischdorf und Giehren den 11. Septbr. 1848.
Die hinterbliebenen trauernden Angehörigen.

3065. Dem Andenken
meiner unvergesslichen Freundin,
der wailand
Frau Maria Rosina geb. Scholz,
gewesene Ehefrau des J. G. Wagenknecht, Acker-
bürger auf dem Auenberge vor Friedeberg.

Nun bist Du, Theure, zu Deiner Ruhe eingegangen, Deine leidensvolle Dornenbahn ist vollendet! Um Dich trauert ein vereinsamter Gatte, um Dich weinen liebende Geschwister, Deinen Eintritt bejammern die, denen Du eine treue Freundin im Leben gewesen. Mit ihnen traure auch ich, die Du lieb hattest und der Du jeder Zeit, aber einst in der Zeit der größten Lebensgefahr, mit aufopfernder Liebe zur Seite standest. Ruhe sanft in Deinem stillen Grabe, während Dein Geist den Lohn der ewigen Seligkeit genießt, wie ihn der Herr den Seinen verheißt. S in W.

3078. Verbindungs-Anzeige.

Meine am 1ten d. Mts. in Landeshut vollzogene eheliche Verbindung mit Jungfrau Marie Psiguer beehre ich mich hiermit meinen werthen Freunden und Bekannten ergebenst anzuzeigen.

Naabe, Lehrer in Nieder-Bieder.

Entbindungs-Anzeige.

3089. Die heut erfolgte glückliche Entbindung seiner Frau von einem gesunden Knaben zeigt Verwandten und Freunden hiermit ergebenst an

Gründling, Justiz-Secretair.

Hermendorf unt. Kynast, den 9. September 1848.

3058. Todes-Anzeige.

Am 3. d. M. entschlief sanft nach langen Leiden, unser innigst geliebter Gatte und Vater, der Schullehrer G. A. Domish, im Alter von 36 Jahren 5 Monaten.

Allen theilnehmenden Freunden und Bekannten widmen diese Anzeige

Auguste Domish, geb. Publick.

Emilie Domish.

Uthmannsdorf, bei Rothenburg, den 6. Septbr. 1848.

Kirchliche Nachrichten.

Amtswoche des Herrn Diaconus Trepte
(vom 17. bis 23. September 1848).

Am XIII. Sonnt. n. Trin.: Hauptpred. u. Wochen-Communionen: Herr Diaconus Trepte.

Nachmittagspredigt Herr Archidiaf. Dr. Peiper.

Getraut.

Hirschberg. Den 6. Septbr. Herr Carl Gottlieb Finger, Handelsmann in Grunau, mit Frau Färbereibes. Elise Antonie Klette das. — Den 10. Tagt Franz Julius Thaler, Wötkhermeister in Rawitz, mit Tagt Louise Christiane Junst. — Den 11. Tagt. Ernst Ludwig Theodor Thörn. Bildhauer in Kunnersdorf, mit Frau Johanne Christiane Stumpe aus Grunau.

Schmiedeberg. Den 10. Septbr. Christian Friedrich Aug. Krause in Buschvorwerk, mit Johanne Friederike Anton das. — Den 11. Friedrich Wilhelm Kummier, Weber in Hohenwiese, mit Johanne Juliane Kriegel.

Landeshut. Den 11. Septbr. Wittwer Gottlieb Kluge, Häusler in Schreibendorf, mit Frau Johanne Beate Wiesner aus Hohenwiese. — Den 12. Herr Friedrich Wilhelm Alex. Wente, Ordinarius von Quarta der höhern Bürgerschule hieselbst, mit Tagt. Louise Ottilie Baude.

Goldberg. Den 21. August. Herr Carl Friedrich Schröter, Rathsherr u. Lederfabrikant, mit Johanne Christiane Fischer. — Der Schankpächter Ernst Friedrich Wilhelm Kessel zu Geissenau, mit der Wittfrau Juliane Ernestine Freudenberg.

Geboren.

Hirschberg. Den 24. August. Frau Tagearb. Hornig, e. L., Auguste Ernestine.

Schmiedeberg. Den 28. August. Frau Musikus Bock, e. S. — Den 2. Septbr. Frau Kaufmann Koch, e. L. — Den 4. Frau Häusler Thamm in Hohenwiese, e. L., todgeb. — Den 5. Frau Jnw. Klose in Forst, e. S.

Landeshut. Den 5. Septbr. Frau Büchtermstr. Krause, e. L. — Frau Fleischer Müller in Ober-Leppendorf, e. L.

Gestorben.

Hirschberg. Den 4. Septbr. Frau Schuhmachermeister Christiane Barbara Siegett, 30 J. 3 M. — Den 6. Verwitw. Frau Borwerksbesitzer Johanne Theresia Sommer, geb. Tagelt,

43 J. 7 M. 23 L. — Ernst Moritz Herrmann, Sohn des Tagearbeiter Bock, 11 M. 14 L. — Den 7. Johanne Christiane geb. Worbis, Ehefrau des Thurmwächter Schmidt, 58 J. 7 M. 14 L. — Den 9. Anna Rosine geb. Glegner, hintel. Wittwe des verstorb. Begräbnis-Kreuzträger Anforge, 70 J. 11 M. 7 L.

Etraupitz. Den 5. Septbr. Ernst Heinrich, Sohn des Gartenbes. Pinke, 1 M. 13 L. — Den 10. Johanne Juliane geb. Kruber, Ehefrau des Jnw. Keil, 33 J. 10 M. 25 L. — Den 11. Ernst Heinrich, Sohn des Stellfess. u. Schmiedemeister Menke, 3 M. 10 L.

Schmiedeberg. Den 27. August. Johanne Juliane geb. Seidel, Ehefrau des Weber Weiß in Hohenwiese, 51 J. 4 M. 8 L. — Den 1. Septbr. Carl Julius, Sohn des Tagearbeiter Kuschel, 17 J. 10 L. — Den 9. Carl Wilhelm August, Sohn des Klempnermstr. Dietrich, 1 M. 11 L. — Den 10. Louise Pauline Auguste, Tochter des Schuhmacherstr. Scholz, 5 M. 4 L. Landeshut. Den 8. Septbr. Eugen Hugo Emil, Sohn des Porzellanfabrik. Hrn. Hermann, z. J. hiesl., 3 M. 24 L.

Goldberg. Den 5. August. Heinrich Gottlieb Paul, Sohn des Revierförster Hrn. Schneider in Hermendorf, 3 M. — Den 10. Traugott Thamm, Schuhm., 61 J. 2 M. — Den 17. Wilhelmine geb. Sobel, Ehefrau des Tuchmachersg. Heinrich, 38 J. 6 M. 2 L. — Den 18. Pauline Agnes, Tochter des Schleffersg. Scholz, 5 M. 27 L. — Verwitw. Frau Tuchm. Johanne Rosine Schmidt, geb. Heintz, 65 J. 6 M. 8 L. — Den 21. Carl Robert, Sohn des Jnw. Neumann, 1 M. 4 L. — Den 28. Benjamin Gottlieb Hermann, Tuchmacherstr., 68 J. 21 L. — Den 29. Verw. Frau Jnw. Anna Rosine Kuttig, geb. Anders, 53 J. 2 M. — Clara Antonie, Tochter des Lederhändler Herin Lübck, 2 M.

Bolkshain. Den 19. August. Carl Gottlob Hake, Freigärtner zu Ober-Boismdorf, 51 J. — Den 22. Wilhelm Julius Herrmann, Sohn des Freibaugutsbesitzer Pohl zu G.äotisch-Boismdorf, 1 J. 3 M. 20 L. — Den 24. Louise Auguste Julie, Tochter des Bäckerstr. Kilder, 3 M. 16 L. — Den 27. Johanne Caroline, Tochter des Freibäusler Rudolph zu Nieder-Würgsdorf, 5 M. — Den 31. Johanne Caroline Henriette, Tochter des Freibäusler Baumeit zu Halberdorf, 2 J. 7 M. 8 L.

Hohe Alter.

Bolkshain. Den 21. August. Der Hospitalist Johann Carl Grauer, 80 J. wen. 9 L.

Berichtigung.

In Nr. 35 des Boten, S. 772, ist in der Einladung Nr. 2940 statt der Unterchrift Kiemer zu lesen: **Neuner.**

Literarisches.

3134. Bei Eduard Treuendt in Breslau ist erschienen und in Hirschberg bei Ernst Mesener zu haben:

Deutscher Volks-Kalender für 1849.

Mit Beiträgen von Fr. Gerstcker, Franz Hoffmann, G. v. Holtel, Dr. H. Klette, Max Rint, W. Scharenberg, J. Stein, R. F. W. Wander u. 5. Jahrgang, mit 8 Stahlstichen. Preis 12 1/2 Sgr.

3073. Höchst merkwürdige Weissagungen aus den ewig denkwürdigen Jahren 1848—1854 von Nostradamus: erschien so eben die 6te Auflage, Preis 2 Sgr., und ist wieder vorrätig bei Waldow in Hirschberg, Bürgel in Schmiedeberg und Trautmann in Greiffenberg.